

Projektbericht

SITUATIONS- UND RESSOURCENANALYSE ZU DEMOKRATIE UND DEMOKRATIEENGAGEMENT IN MÖNCHENGLADBACH

Erstellt für die Partnerschaften für Demokratie.



Gefördert vom



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**


BILDUNGSPARK
MÖNCHENGLADBACH





**GEMEINSAM.
VIELFALT.
LEBEN!**

PRÄAMBEL Die Situations- und Ressourcenanalysen (SuRA) verfolgen das Ziel, kommunale Entwicklungen, Herausforderungen und Ressourcen im Themenfeld Demokratie auf Grundlage wissenschaftlicher Methoden differenziert, nachvollziehbar und praxisrelevant zu beschreiben. Sie dienen der empirisch fundierten Wissensgewinnung und stellen eine fachliche Grundlage für kommunale Lern-, Reflexions- und Entscheidungsprozesse bereit. Wissenschaftliche Analysen erfüllen ihren gesellschaftlichen Auftrag dadurch, dass ihre Erkenntnisse auf methodisch nachvollziehbaren Verfahren beruhen und ihre Schlussfolgerungen unabhängig von politischen, institutionellen oder sonstigen sachfremden Interessen entwickelt werden. Die vorliegenden Berichte orientieren sich an den Grundsätzen guter wissenschaftlicher Praxis sowie an den Standards qualitativer Sozialforschung.

Die SuRA-Berichte beruhen auf vier verschiedenen Datenquellen: a) Die Ergebnisse zu den Raumdaten basieren auf kommunalen Statistiken, die die Kommune zusammengestellt hat. b) Angaben zu Häufigkeiten von Einschätzungen der Lage von Demokratie und Demokratieengagement in der Kommune basieren auf einer vom Institut SO.CON durchgeführten Online-Befragung; die Teilnehmenden wurden über Zugänge und Anschreiben der Kommune/KuF gewonnen, c) qualitativen Interviews mit ausgewählten Schlüsselakteuren des Demokratieengagement, vorgeschlagen von der KuF, ausgewählt von SO.CON und d) eines Workshops mit Demokratieengagierten der Kommune, ausgewählt und eingeladen von der Kommune/KuF. Alle Befunde der Datenquellen b), c), d) sind nicht als objektive Tatsachenbehauptungen zu verstehen, sondern geben die jeweiligen Sichtweisen und Erfahrungen der teilnehmenden Demokratieengagierten wieder. Ziel ist nicht die Wiedergabe einzelner Meinungen, sondern die Entwicklung einer empirisch fundierten Gesamtchau des untersuchten kommunalen Settings, in dem Demokratie und Demokratieengagement in all ihrer Heterogenität der Erfahrungen und Perspektiven stattfindet und konstruktiv gestaltet werden wollen.

Aussagen der Interviewpartner:innen, der online Befragten und der Teilnehmenden des Workshops bilden die Datengrundlage des Forschungsprozesses. Ihre wissenschaftliche Auswertung erfolgt transparent, methodengeleitet und jeweils unter Einbezug der unterschiedlichen genutzten Datenquellen. Die Darstellung der Befunde ist Bestandteil des wissenschaftlichen Analyseprozesses und obliegt dem wissenschaftlichen Projektteam.

Die vorliegende Situations- und Ressourcenanalyse ist als Zuwendung kommunaler beziehungsweise staatlicher Förderstrukturen entstanden, aber wissenschaftlich unabhängig umgesetzt worden. Sie ist gleichwohl in engem fachlichem Austausch mit den verantwortlichen Akteur:innen der Kommune entstanden.

Die SuRA-Berichte sind wissenschaftliche Analysen. Sie sind weder politische Stellungnahmen noch Instrumente der Interessenvertretung einzelner Institutionen oder Akteursgruppen. Sie dokumentieren den Erkenntnisstand zum Zeitpunkt der Berichtsredaktion und machen unterschiedliche Perspektiven sowie bestehende Unsicherheiten transparent.

Die wissenschaftliche Verantwortung für Methodik, Datenerhebung, Datenauswertung, Erläuterung der empirischen Befunde sowie die daraus gezogenen Schlussfolgerungen liegt bei den Autor:innen, beziehungsweise dem wissenschaftlichen Projektteam. Die im Bericht dargestellten Wahrnehmungen, Erfahrungen und Einschätzungen geben die Perspektiven der befragten Personen wieder und sind Bestandteil der empirischen Datengrundlage. Sie sind nicht mit den persönlichen Auffassungen der Autor:innen oder der beauftragenden Kommune gleichzusetzen. Wissenschaftliche Schlussfolgerungen und zusammenfassende Einordnungen werden im Bericht als solche kenntlich gemacht.

METHODISCHER HINWEIS ZUR ANONYMISIERUNG

Aus Gründen des Datenschutzes und der Vertraulichkeit wurden personenbezogene Angaben aus den Interviews anonymisiert. Dies betrifft insbesondere die Nennung einzelner Personen sowie sonstige Informationen, die Rückschlüsse auf konkrete Personen zulassen könnten.

Darüber hinaus wurden in den Interviews vereinzelt genannte politische Parteien im Bericht nicht namentlich wiedergegeben, sondern verallgemeinernd bezeichnet. Diese redaktionelle Anonymisierung erfolgt in Orientierung an den neuen Förderrichtlinien des Bundesprogramms Demokratie leben! und dient einer einheitlichen Darstellung im Bericht. Sie stellt keine Veränderung der empirischen Befunde dar, sondern betrifft ausschließlich deren sprachliche Darstellung. Soweit Parteien von Befragten im Zusammenhang mit demokratiefeindlichen Entwicklungen oder Aktivitäten genannt wurden, bleibt dieser inhaltliche Befund in der Analyse erhalten und wird in verallgemeinerter Form wiedergegeben.

Abschließend sei angemerkt, dass Situations- und Ressourcenanalysen zu Demokratie und Demokratieengagement ggf. nicht nur ihrem eigentlichen Sinn und Zweck dienen, Orientierung für die Demokratietarbeit in der Kommune zu bieten. Gerade in ressourcenknappen und demokratisch herausfordernden Zeiten können sie auch selbst Teil politischer Auseinandersetzungen werden.

INHALTSVERZEICHNIS

03

Präambel

06

Einleitung

10

zum Hintergrund der Umsetzung

12

Raumdaten

14

Ergebnisse der Befragungen und des Workshops

16

Kommunale Gesamtsituation / Allgemeine Lage

- 16 Demokratiearbeit in der Stadtstruktur
- 17 Soziale Lage, Zugehörigkeit und Bindungen
- 18 Zivilgesellschaft und Vereinskultur
- 19 Politische Bildung und Demokratieförderungsinfrastruktur
- 21 Finanzielle Rahmenbedingungen und Steuerungslogik
- 22 Politisches Klima, Polarisierung und Schutz
- 25 Einfluss globaler Krisen
- 26 Handlungsimpulse für den Bereich Politisches Klima

28

Demokratieengagement und Demokratieförderung

- 30 Diskurslagen und gesellschaftliche Dynamiken
- 30 Reichweite und Zugänge des Demokratieengagements
- 31 Wahlbeteiligung
- 33 Engagement-Landschaft und Bündnisse
- 33 Politische Bildung: Formate, Didaktik und Wirkung
- 34 Governance, Koordination und Förderlogik
- 35 Handlungsimpulse für den Bereich Demokratieengagement

36

Partizipation

- 36 Governance, Repräsentativität und politische Basiskompetenzen
- 36 Reichweite und Räume der Partizipation
- 38 Zielgruppen, Zugänge und Formate
- 41 Arbeitsmodi, Zeitmanagement und Trägerkonstellationen
- 41 Handlungsimpulse für den Bereich Partizipation

42

Vernetzung

- 42 Bestehende Strukturen und Akteur:innenlandschaft
- 44 Kooperation zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft
- 44 Thematische und sektorale Vernetzungen
- 45 Herausforderungen und Engpässe
- 45 Bedarfe und Entwicklungsansätze
- 45 Potenziale und positive Impulse
- 46 Handlungsimpulse für den Bereich Vernetzung

48

Bedrohung

- 49 Erscheinungsbild der Bedrohung im analogen und digitalen Raum
- 50 Schutz- und Sicherheitsarchitektur
- 51 Politische Rahmung und Verwaltungspraxis
- 51 Diskriminierungslagen und Meldewege
- 51 Wahrnehmung, Belastung und Ressourcenbindung
- 52 Handlungsimpulse für den Bereich Bedrohung

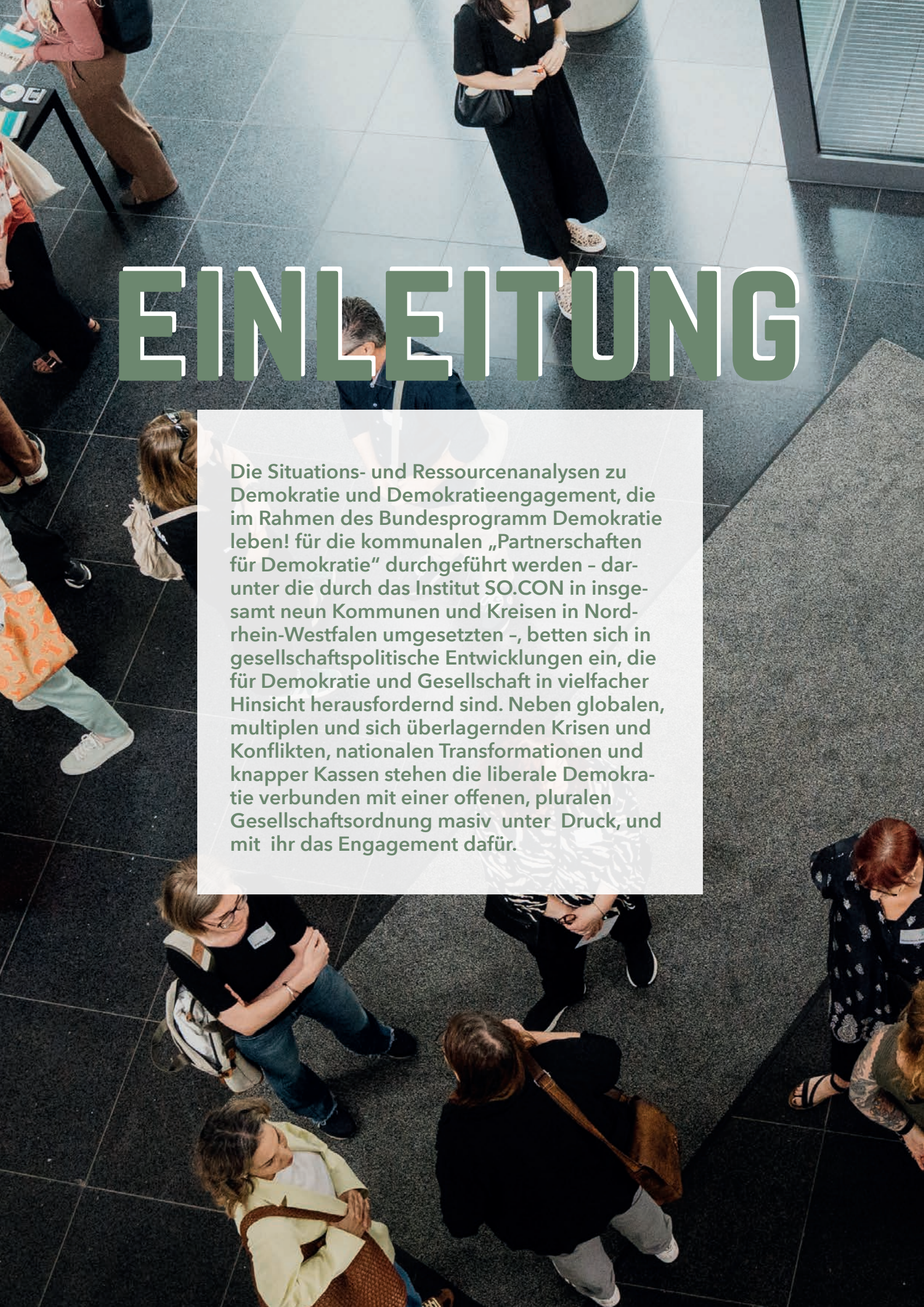
54

Wissensmanagement

- 56 Informationsflüsse und Netzwerke
- 57 Interne Wissensorganisation und Dokumentation
- 58 Öffentlichkeitsarbeit und Zugänglichkeit von Wissen
- 60 Externe Kooperation und Wissenstransfer
- 61 Handlungsimpulse für den Bereich Wissensmanagement

62

Literaturverzeichnis



EINLEITUNG

Die Situations- und Ressourcenanalysen zu Demokratie und Demokratieengagement, die im Rahmen des Bundesprogramm Demokratie leben! für die kommunalen „Partnerschaften für Demokratie“ durchgeführt werden - darunter die durch das Institut SO.CON in insgesamt neun Kommunen und Kreisen in Nordrhein-Westfalen umgesetzten -, betten sich in gesellschaftspolitische Entwicklungen ein, die für Demokratie und Gesellschaft in vielfacher Hinsicht herausfordernd sind. Neben globalen, multiplen und sich überlagernden Krisen und Konflikten, nationalen Transformationen und knapper Kassen stehen die liberale Demokratie verbunden mit einer offenen, pluralen Gesellschaftsordnung massiv unter Druck, und mit ihr das Engagement dafür.

DEMOKRATIE UNTER DRUCK

Weltweit lassen sich demokratiegefährdende bis demokratiefeindliche Entwicklungen beobachten – das Vertrauen in die Demokratie sinkt, Populismus vereinfacht und emotionalisiert komplexe Problemlagen und untergräbt mit seiner Erzählung vom wahren, homogenen Volk die plurale Demokratie (Müller 2016), eine gut vernetzte extreme Rechte ist im Auftrieb und verbreitet mit Erfolg Desinformation und Propaganda online und offline. Inzwischen sind, auch als Folge von mal mehr, mal weniger freien Wahlen, wieder mehr Länder autokratisch als demokratisch regiert. In Europa lassen sich diese Entwicklungen schon länger beobachten, wenn gleich mit Polen und Ungarn jüngst zwei Länder hoffen lassen, dass auch dieser Trend umkehrbar ist. Die Europäische Union hat jüngst die Initiative für ein „Schutzschild für die Demokratie“ auf den Weg gebracht, als Strategie für die Zivilgesellschaft, um Demokratie zu stärken und resilient zu machen.

Auch in Deutschland mehren sich (wieder) die Angriffe auf die liberale Demokratie und offene Gesellschaft, wie sie im Grundgesetz vor den furchtbaren Eindrücken des Nationalsozialismus und des Holocaust verankert ist. Auch wenn sich die Bundesrepublik seit ihrer Gründung 1949 und die Menschen in Deutschland mehr und mehr demokratisiert haben, hatte zugleich immer auch die Demokratiefeindlichkeit Bestand – auf Ebene von Organisationen und Parteien, auf Ebene der Einstellungen und des Wahlverhaltens, in Form subtiler bis offener Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung bis hin zu Hass, Gewalt und Terrorakten.

In seinem jüngsten Bericht über die Lage 2025 sieht der Verfassungsschutz im Rechtsextremismus nach wie vor die größte Gefahr für die Demokratie in Deutschland. In NRW sieht der Innenminister auf Basis der neuen Zahlen für 2025 die Demokratie unter Druck, „wir zählen so viele Verfassungsfeinde wie nie zuvor“ (Pressestatement von Innenminister Herbert Reul vom 16.4.2026). Während Angriffe von linksextremer Seite insbesondere auf die Infrastruktur zugenommen haben, richten sich die Angriffe von rechtsextremer Seite auf Organisationen und Menschen, die sich demokratisch engagieren bzw. die sozialen Gruppen zugewiesen werden, die als nicht gleichwertig betrachtet werden oder Einrichtungen, die diese unterstützen. Zugleich verschwimmen in manchen Ausprägungen die klassischen Grenzen zwischen jenen, die sich selbst im politischen Spektrum „links“ oder „rechts“

positionieren in einer (nicht kritiklos so bezeichneter) „Querfront“. Der Bericht verweist auf einen klaren Anstieg eines rechtsextremen Potentials: von Akteuren, Mobilisierungsaktivitäten wie Demonstrationen und Musikevents bis hin zu Hass- und Gewalttaten, die sich gegen politische Gegner:innen, aber insbesondere auch gegen alle jene richten, die sozialen Gruppen zugewiesen werden, die als nicht gleichwertig betrachtet werden (Verfassungsschutzbericht 2024). Hier sind diverse soziale Gruppen bzw. Personen, die diesen zugewiesen werden, betroffen, die über ethnisch-völkisch-rassistische, religiöse, genderbezogener oder soziale Merkmale als „anders, fremd, ungleich“ markiert werden. Diese lassen sich als unterschiedliche Phänomene von „-ismen“ auf individueller, institutioneller und struktureller Ebene fassen, aber auch in ihren ähnlichen und gemeinsamen Mustern verstehen, wie es das Syndrom Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit tut, das verschiedene Abwertungs- und Ausgrenzungsphänomene umfasst, zusammengehalten durch den gemeinsamen Kern einer Ideologie der Ungleichwertigkeit (Heitmeyer 2002).

Seit einigen Jahren verzeichnet zudem eine mindestens in Teilen gesichert rechtsextreme Partei mit offenen wie verdeckten Bezügen in den klassischen Rechtsextremismus und die neue Rechte einen Wahlerfolg nach dem anderen, mancherorts gilt dies selbst für Parteien, die offen rechtsextrem sind. Immer mehr Menschen sind also offenkundig bereit, demokratiegefährdende bis demokratiefeindliche Parteien mit ihrer Stimme zu unterstützen, sich damit also – der Unterteilung von Stöss (2010) folgend – rechtsextrem zu verhalten, auch unabhängig von ihrer eigenen politischen Verortung und ideologischen Positionierung. Bundesweit durchgeführte Bevölkerungsbefragungen wie die von der Friedrich-Ebert-Stiftung geförderte Mitte-Studie (zuletzt Zick/Küpper/Mokros/Eden 2025) oder die Leipziger Autoritarismusstudie (zuletzt Decker et al. 2024) verfolgen die Verbreitung demokratiedistanzierter, menschenfeindlicher und rechtsextremer Einstellungen seit vielen Jahren. Hier wird vor allem ein großer Graubereich deutlich, der all jene umfasst, die mit ihren ideologischen Positionierungen zwischen einem geschlossen rechtsextremen Weltbildes und einer klar demokratischen Haltung liegen. In der jüngsten FES-Mitte umfasst dieser Graubereich rund ein Viertel der Bevölkerung in Deutschland, die zumindest in Teilen demokratiefeindlichen, rechtsextremen Einstellungen zustimmen, mit weiteren Hinweisen auf eine Normalisierung dieser Positionen.

Dabei ist die vielfach behauptete Polarisierung entlang von großen gesellschaftlichen Themen wie Migration, Klimaschutz und Unterstützung der Ukraine weniger ausgeprägt, als angenommen (Vorländer et al. 2024). Es lässt sich weniger eine Spaltung der Gesellschaft in nur zwei Lager belegen, als vielmehr eine weitaus größere Differenzierung in den klassischen Konfliktfeldern, Konflikte entzündeten sich vielmehr an „Triggerpunkten“ (Mau/Lux/Westhäuser 2023). Polarisierung scheint hier vielmehr durch das stetige Behaupten und Betonen von Polarisierung als eine Art selbsterfüllender Prophezeiung Wirkung zu zeigen (vgl. Kumkar 2025). „Polarisierungs-unternehmer“ (Mau/Lux/Westhäuser 2023) leben davon und befeuern die Streitpunkte, die dann von anderen im Diskurs mal mehr, mal weniger bewusst aufgegriffen werden. Auch bei der Haltung zu mehr oder weniger Demokratie zeichnet sich weniger eine Polarisierung, als vielmehr eine Normalisierung demokratieskeptischer bis demokratiefeindlicher Positionen ab (Küpper 2026).

Junge Menschen sind von diesen Entwicklungen in mehrfacher Hinsicht in besonderer Weise betroffen und zugleich auch Mitstreiter. Sie wachsen in demokratisch herausfordernden Zeiten auf und werden darin sozialisiert – in ihrer Sicht auf die Welt und gesellschaftspolitische Geschehnisse, ihrer ideologischen Haltungen und ihren Handlungen. Sie sind Adressaten von Desinformation, Propaganda, Hass und Hetze, insbesondere über Social Media, verbreiten diese aber auch selbst. Junge Menschen sind einerseits zuversichtlich und fordern Beteiligung ein, andererseits verlieren sie in besonderer Weise das Vertrauen in Demokratie und setzen auf autokratische Strukturen. Der Verfassungsschutz beobachtet eine immer jünger werdende rechtsextreme Szene, zugleich sind junge Menschen akuter Bedrohung (gerade auch von Gleichaltrigen) ausgesetzt, wenn sie sich für die liberale Demokratie engagieren, die Rede ist von einer Rückkehr der berüchtigten Baseballschlägerjahre. Dazwischen die vielen Jugendlichen, die zugleich aufgrund ihrer migrantischen Herkunftsgeschichte auch rassistischen Anfeindungen und institutionellen Diskriminierungen ausgesetzt sind, selbst aber ebenso von rechtspopulistischer bis rechtsextremer Propaganda (auch über Medien in Herkunftssprachen bzw. von Herkunftsländern) bespielt werden – autokratische Entwicklungen sind eben ein weltweites Phänomen und machen vor der Grenze nicht halt, erst recht nicht, wenn digitale gar nicht vorhanden sind.

1 <https://allianceofdemocracies.org/democracy-perception-index> (Aufruf am 16.07.2026)
2 Economist Intelligence Unit (2006-2024) – processed by Our World in Data
3 Europäische Kommission (2025)

HERAUSFORDERUNGEN FÜR DAS DEMOKRATIEENGAGEMENT

Vor dem Hintergrund globaler wie gesellschafts-politischer Entwicklungen gewinnen für zivilgesellschaftliche (Demokratie-)

Parallel dazu steigen Angriffe auf alle jene, die sich für die Demokratie engagieren. Dies gilt zum einen für Amts- und Mandatsträger als gewählte Repräsentant:innen. Ober-) Bürgermeister:innen benennen im OB-Barometer 2026 des Deutschen Instituts für Urbanistik Demokratieskepsis und Rechtspopulismus mit insgesamt 84% als sehr große bzw. große krisenbedingte Herausforderung (vgl. Difu 2026: 3), auch Verwaltung ist betroffen. Unter besonderer Bedrohung stehen zudem zivilgesellschaftlich für die Demokratie Engagierte, sei es hauptamtlich, ehrenamtlich oder aktivistisch (Leber/Mertens/Küpper 2023). Zu den Angriffen gehören gewaltförmige Bedrohungen von Hassmails, Shitstorms über Beleidigungen bis hin zu Sachbeschädigung und physischer Gewalt wie auch politische Interventionen. Das zeigt sich etwa im Hinblick auf die Infragestellung der Gemeinnützigkeit oder die Anmahnung „politischer Neutralität“, welche Aktivitäten für die liberale, plurale Demokratie gleich miteinschließt, bisweilen auch die Markierung dieser Aktivitäten als „linksextrem“ (Küpper/Leber/Bohn 2023). Die bisweilen geforderte Einschränkung, demokratiefeindliche Parteien nicht beim Namen zu nennen, ist in einer repräsentativen Demokratie, die Parteien nun schlechterdings eine besondere Rolle zuweist, eine Herausforderung für sich. Wirkung zeigt hierbei auch die Erwartungsangst, die über Bedrohung gezielt erzeugt wird, auch jene, die unterhalb der Strafbarkeitsgrenze liegt, und die Menschen von demokratischem Engagement abhalten soll und dies auch tut, wenn sich Personen zurückziehen, Organisationen ihr Engagement zurückschrauben oder entpolitisieren, Kommunen ihre Unterstützung mindern. Bund, Land und Kommunen wie auch andere Fördermittelgeber sind in diesen Entwicklungen in der besonderen Lage, die liberale Demokratie und offene Gesellschaft in Haltung und Handlung zu stärken, dabei aber auch selbst direkten und indirekten Einflussnahmen, verdeckten und offenen Angriffen ausgesetzt zu sein.

Das Bundesprogramm Demokratie Leben! bleibt von diesen Entwicklungen nicht unberührt. Die angekündigte Neustrukturierung hat vor diesem Hintergrund für erhebliche Unruhe unter jenen gesorgt, die mit ihrer Arbeit gewissermaßen an vorderster Front bei Angriffen auf die Demokratie stehen. Ohnehin machen sie ihre Arbeit – ob staatlich-kommunal, ehrenamtlich oder aktivistisch – oft unter schwierigen Rahmenbedingungen knapper Mittel und zeitlicher begrenzter Projekthaftigkeit mit entsprechenden Herausforderungen etwa für den Aufbau von Strukturen, Vertrauen und Vernetzungen und die Weitergabe von Wissen. Hinzu kommen dem Feld inhärente Herausforderungen etwa durch Träger- und Programmlogiken, die oft primär innerhalb der eigenen Strukturen angelegt sind und agieren. Austausch und Vernetzung werden, wenn überhaupt, eher als zusätzliche Aktivität, nicht als ihren wesentlichen Teil behandelt, ggf. auch um selbst sichtbar zu bleiben.

Akteure grundsätzliche Fragen des Verhältnisses von Staat und Zivilgesellschaft zusätzliche Brisanz. Wie soll, wie kann zivilgesellschaftliche Engagement gestaltet werden, das mindestens in der Förderung abhängig ist von staatlichen Strukturen? Was bedeutet Demokratie für wen? Wie lässt sich mit unterschiedlich konsequenter Auffassung einer pluralen, offenen Gesellschaft umgehen, ebenso wie milieubedingten Distanz und Animositäten, die unterschiedliche Weltansichten und Lebensstil, damit verbunden auch Vorstellungen von Teilhabe und Selbstbestimmung ausdrücken? Wer kann Partner:in in demokratischen Bündnissen sein? Bis wohin handelt es sich um eine möglicherweise unliebsame, aber im Rahmen von Demokratie und Meinungsfreiheit auszuhaltende Meinung? Das zunächst instinkthafte Wissen (vgl. Busch 2025, o. S.), was Demokratie ausmacht, worüber sie sich definiert – und mit welchen Formaten und Projekten sie im Kontext von Demokratie leben! befördert werden kann und darf – muss im Rahmen der Demokratieförderung vor Ort konkret verhandelt werden. Hier kommt es auf die jeweilige Bereitschaft lokaler Akteure an: Trägt „Demokratie“ als Dach-Wert, unter dem man sich versammeln, kooperieren, engagieren kann, oder verliert man sich, wie es viele Bündnisse leidvoll in Auseinandersetzungen um die Coronapandemie und aktuell um Positionen im Nah-Ost-Konflikt erleben, die das eigentlich Gemeinsame überlagern? Mindestens aber wird Ambiguitätstoleranz zu einer Kernkompetenz bei dem engagierten Versuch, gemeinsam das demokratische Miteinander zu erhalten und sich im Sinne einer resilienten Demokratie gegen ihre Feinde auch über verschiedene Milieus hinweg zusammenzuschließen. Eine besondere Herausforderung sind hier die „sehr unterschiedliche[n] Verständnisse von Demokratie“ (ebd.), die vor Ort sichtbar, bis hin zur versuchten Vereinnahmung des Demokratisch-seins durch rechtsextreme Akteure, die das Label Demokratie ganz strategisch zur Tarnung nutzen, um es mit eigenen, völkisch-autoritären Inhalten füllen. Erinnert sei daran, dass auch in der Zeit des Nationalsozialismus die „Demokratie“ formal nie abgeschafft war.

Mit der zugespitzten Lage, die sich inzwischen nicht nur in Debatten, sondern auch in politischen Interventionen abzeichnet, erhöht sich auch der Rechtfertigungsdruck der Demokratiearbeit, ablesbar etwa in Erwartungen an Wirksamkeitsnachweise, was nahezu ironisch anmutet, vergleicht man es mit den politischen Bemühungen um engagierte Bürger:innen noch vor einigen Jahren. Zivilgesellschaftliches Engagement, mithin soziales Kapital, war lange als verbindender Kitt beschrieben. Kritiker:innen sahen in dem Appell der damaligen Regierungsseite an engagierte Bürger:innen zu Beginn der 2000er Jahre bisweilen sogar ein neoliberal gefärbtes Instrumentarium zur Abwicklung des Sozialstaats (vgl. Kessl/Otto 2004: 7ff.) Heute hingegen muss dieses Engagement sichtbarer begründen, was es leistet und wofür es Unterstützung braucht. Diese Entwicklungen bilden den Hintergrund dieser Analyse.

FOKUS DER SITUATIONS- UND RESSOURCENANALYSEN ZU DEMOKRATIE UND DEMOKRATIEENGAGEMENT

Ungeachtet dieser Herausforderungen ist das zivilgesellschaftliche Engagement für Demokratie in den Kommunen zentral für eine demokratische Kultur und Gesellschaft und weiterhin lebendig. Viele Menschen sind vor Ort aktiv dabei, bringen sich ein, gestalten mit – in Initiativen und Gruppierungen, bei Aktionen und langfristiger Arbeit, haupt- und ehrenamtlich, auch aktivistisch. Unterstützt, vernetzt und gefördert wird das Engagement für Demokratie im lokalen Raum von diversen Bündnissen, Trägern und Institutionen. Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“

unterstützt über das Förderprogramm „Partnerschaften für Demokratie“ Kommunen und Landkreise dabei, das lokale Engagement für Demokratie weiter zu entwickeln und zu stärken. Das Programm ist ein wichtiger Baustein der Demokratieförderung, der die vielen weiteren Aktivitäten im lokalen Raum ergänzt und gegebenenfalls vernetzt.

Wie also ist die Lage der Demokratie und der Demokratiearbeit in der Kommune?

Welche Herausforderungen, welche Bedrohungen, aber auch welche Ressourcen und Gelingensfaktoren gibt es vor Ort?

Die durch das Institut SO.CON umgesetzten Situations- und Ressourcenanalysen (im Folgenden S&R-Analyse) skizzieren im ersten Teil anhand vorliegender und durch die Kommunen zur Verfügung gestellten Raumdaten die Rahmenbedingungen vor Ort. Anschließend wird auf Einschätzungen zur Lage der Demokratie und besondere Herausforderungen vor Ort geschaut. Hier haben wir zum einen nach verschiedenen Formen von politischer Demokratiedistanz und Extremismus gefragt, zum anderen nach Erscheinungsformen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Die Lage, Bedarfe und Ressourcen des Demokratieengagements werden dann grob gegliedert nach genereller und konkreter

Aufstellung vor Ort, Partizipation und Erreichbarkeit, Vernetzungen, Information und Wissen sowie Bedrohungen und Schutzbedarfe skizziert. Die vorliegende Situations- und Ressourcenanalyse (im Folgenden S&R-Analyse) für Mönchengladbach zeigt, unter welchen Bedingungen demokratisches Engagement im lokalen Raum umgesetzt wird. Im Fokus stehen das Erleben des demokratischen Zusammenhalts, die daraus resultierenden Herausforderungen und möglichen Bedrohungsszenarien für lokale Akteur:innen sowie die Ressourcen, Netzwerke und Handlungsspielräume, die Mönchengladbach dem entgegenzusetzen kann.

Zusammenfassend vorweggenommen: Mönchengladbach hat viel auf der Haben-Seite. Sichtbar sind engagierte Träger, belastbare Kooperationsbeziehungen und Anknüpfungspunkte in Verwaltung und Zivilgesellschaft. Zugleich zeigen sich Lücken bei Reichweite, Verstärkung und Schutz – Themen, die in den Kapiteln vertieft und abschließend in konkrete Hebel übersetzt werden.

ZUM HINTERGRUND DER UMSETZUNG

Im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie leben! sind alle Kommunen aufgefordert, eine S&R-Analyse anzufertigen. Das Institut SO.CON – Social Concepts. Institut für Forschung und Entwicklung in der Sozialen Arbeit der Hochschule Niederrhein hat diese Aufgabe für insgesamt neun Kommunen in Nordrhein-Westfalen, darunter auch Mönchengladbach, übernommen. Diese Kommunen wurden zu einer ‚Projektfamilie‘ zusammengeschlossen und die jeweilige S&R-Analyse in einem weitgehend einheitlichen Vorgehen umgesetzt. Die im Folgenden dargelegten Erkenntnisse können die beteiligten Kommunen als Grundlage für zugeschnittene Handlungsschritte zur Fortentwicklung und Verbesserung ihrer Arbeit für die Stärkung und Sicherung von Demokratie nutzen.

Folgende Quellen wurden zur Gewinnung von Information für die S&R-Analyse herangezogen:

WEITGEHEND STANDARDISIERTE ONLINE – BEFRAGUNG VON AKTIVEN DER DEMOKRATIE-ARBEIT IN MG

ZIEL

Informationen zu Erfahrung, Sichtweise und Einschätzung einer möglichst breiten Gruppe lokaler Akteur:innen des Demokratieengagements.

VORGEHEN

Standardisierte Befragung mit einigen offenen Fragen von lokalen Akteur:innen (engagierte Einzelpersonen, Sprecher:innen von Bürgerinitiativen und verwandten Gruppierungen, Verantwortliche bei Trägern, Vereinen, Organisationen und in der Kommune), versendet über die kommunale Koordinationsstelle der Pfd. In Mönchengladbach haben an dieser Befragung 64 Personen teilgenommen, davon haben 39 Personen den Fragebogen bis zum Ende ausgefüllt

EINZELINTERVIEWS

ZIEL

Gewinnung vertiefter Information und Einschätzungen ausgewählter professioneller bzw. professionalisierter Akteur:innen.

VORGEHEN

Qualitative Interviews mit ausgewählten demokratieaktiven Akteur:innen, die über vertiefte Expertise und einen guten Überblick über die Demokratiearbeit in der Kommune verfügen; Auswahl von Akteur:innen mit möglichst unterschiedlicher Perspektive aus einer Vorschlagsliste, die durch die KuF/PfD erstellt wurde. In MG wurden zwei Personen von unterschiedlichen Trägern sowie die KuF interviewt.

RAUMDATEN

ZIEL

Gewinnung von Information zur allgemeinen gesamtstädtischen Lage in Bezug auf Themen wie Demografie, Regionale Struktur und Wandel, Soziale Lage, Bildung und Jugend, Demokratie und Sicherheit sowie kommunalen und institutionelle Ressourcen der Demokratieförderung.

VORGEHEN

Sekundärdatenanalyse; die Daten wurden von den Kommunen zusammengetragen und zur Verfügung gestellt

WORKSHOP

ZIEL

Einschätzung der Lage (Ist-Stand), der Ressourcen und Potentiale (Haben) und der Herausforderungen und Bedarfe (Soll) sowie Handlungsvorschläge (Ideen) zum Zustand der Demokratie und des Engagements für Demokratie in der Kommune.

VORGEHEN

Vorgehen: 3-stündiger Workshop mit ca. 20 Teilnehmenden aus unterschiedlichen Kontexten der Demokratie-Arbeit (Kommune und freie Träger).

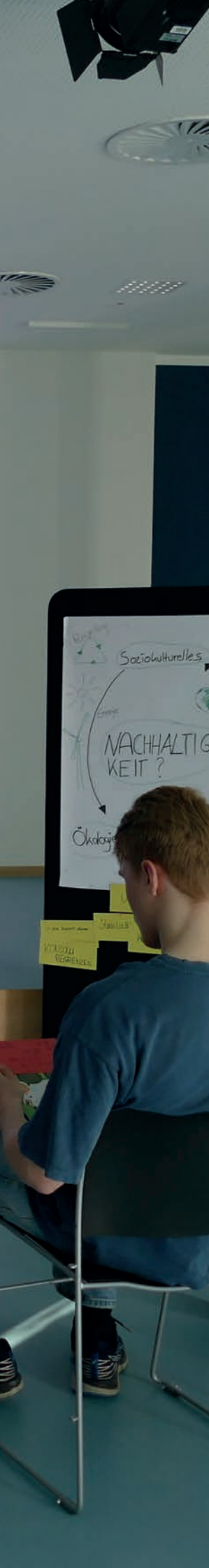
Für die folgende Ergebnisdarstellung wurden verschiedene Datenquellen gebündelt deskriptiv ausgewertet. Die Darstellung stellt also keine Interpretation oder Bewertung dar sondern fasst die empirischen Befunde in sinnvoller Weise entlang der Oberkategorien (blau hinterlegt dargestellt) zusammen.

RAUMDATEN



Zum Stichtag 31.12.2024 lebten in Mönchengladbach 276.340 Einwohner:innen. Seit 2014 ist die Bevölkerungszahl um rund 13.000 Personen gestiegen. Die Altersstruktur ist durch einen hohen Anteil Erwachsener und Älterer geprägt. Kinder im Alter von 0 bis 13 Jahren stellen 13,2% der Bevölkerung, Jugendliche zwischen 14 und 17 Jahren 3,8%. Der Anteil der 18- bis 26-Jährigen beträgt 9,8%, während 73,2% der Bevölkerung 27 Jahre oder älter sind. Insgesamt liegt der Anteil der unter 18-Jährigen bei rund 17 %. Der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund beträgt 40,1%, 21,3% der Bevölkerung sind ausländische Staatsangehörige (Stand jeweils 31.12.2024). Die Wanderungsbewegungen weisen ein positives Saldo auf, da die Zuzüge die Fortzüge insgesamt überwiegen.

Die Stadt ist seit Jahrzehnten von tiefgreifenden Strukturwandelprozessen betroffen. Der Niedergang der ehemals dominierenden Textilindustrie hat nachhaltige Auswirkungen auf Beschäftigung, Einkommenslagen und soziale Ungleichheiten hinterlassen. Diese industriellen Umbrüche prägen weiterhin den lokalen Arbeitsmarkt und die sozialräumliche Struktur⁴. Die Arbeitslosenquote lag im Juli 2025 bei 11,1%. Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ausgrenzung werden als zentrale Folgen gesamtstädtischer struktureller Veränderungen beschrieben. Gleichzeitig hat sich Mönchengladbach in den letzten Jahren verstärkt zu einem dienstleistungsorientierten Wirtschaftsstandort entwickelt. Laut Standortanalyse der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Niederrhein ist die Stadt in nahezu allen Dienstleistungsbereichen landesweit stark vertreten. Besonders dem Logistiksektor kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu (IHK 2018⁵, zitiert nach Sozialbericht 2022⁶).



Die soziale Lage ist durch deutliche Ungleichheiten gekennzeichnet. Zum 31.12.2023 lag die SGB-II-Quote bei 15,6 %, die Kinderarmutsquote bei 24,9 %. Damit ist ein erheblicher Teil der Bevölkerung, insbesondere Kinder und Jugendliche, von materieller Benachteiligung betroffen. In innerstädtischen Gebieten verbringen überdurchschnittlich viele Menschen mit Migrationshintergrund, Nichtdeutsche sowie Transferleistungsempfangende aller Altersklassen ihren Alltag. Diese Gruppen sind in besonderem Maße auf eine leistungsfähige Infrastruktur, Nahversorgung, öffentliche Einrichtungen und den öffentlichen Personennahverkehr angewiesen. Gleichzeitig besteht ein hoher Bedarf an preisgünstigem Wohnraum in unterschiedlichen Wohnungsgrößen, der sich vielfach auf innerstädtische Quartiere konzentriert.

Im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe verfügt Mönchengladbach über eine vergleichsweise breite Angebotsstruktur. Insgesamt bestehen 13 Einrichtungen freier Träger der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA), ergänzt durch zwei kooperative Einrichtungen von freien Trägern und Kommune sowie 11 städtische Einrichtungen der OKJA, darunter fünf Abenteuerspielplätze. Hinzu kommen Angebote der Streetwork-Arbeit, mobile Angebote wie ein Jugendbus sowie Formate wie die Bolzplatzliga. Beteiligungsformate für Kinder und Jugendliche sind vielfältig ausgestaltet. Dazu zählen unter anderem ein Jugendparlament, das Jugendforum, das Beteiligungsformat „Youth Beyond“, Spielplatz- und Projektbeteiligungen sowie Kinderparlamente an Schulen. Diese Strukturen ermöglichen den Kindern und Jugendlichen eine formale Beteiligung an städtischer Entwicklung und ein Einüben demokratischer Prozesse. Die zivilgesellschaftliche Landschaft ist durch eine hohe Vielfalt an Vereinen und Initiativen gekennzeichnet. Es existieren zahlreiche Organisationen aus unterschiedlichen Bereichen, darunter Sport-, Schützen-, Heimat-, Karnevals- und Kleingartenvereine sowie migrantische Organisationen. Besonders hervorzuheben ist die Existenz von über 70 Migrant:innenorganisationen, von denen ein Teil sowohl als Moschee- als auch als Kulturverein agiert. Beteiligungs- und Engagement-Strukturen werden durch formalisierte Instrumente wie Quartiersbudgets der Sozialplanung, Bezirkshaushalte, Stadtteilkoordinationen, Einwohner:innensprechstunden sowie Beteiligungsverfahren im Rahmen städtebaulicher Projekte ergänzt. Diese Strukturen eröffnen vielfältige Möglichkeiten lokaler Mitwirkung.

Bei der Kommunalwahl 2025 lag die Wahlbeteiligung bei 47,4 %, während bei der Bundestagswahl eine Beteiligung von 77,3 % erreicht wurde. Dies verweist auf eine deutlich geringere Mobilisierung auf kommunaler Ebene im Vergleich zu bundespolitischen Wahlen. Bezogen auf die Kommunalwahl 2025 zeigt sich ein ambivalentes politisches Bild in Mönchengladbach: Zwar wurde mit Felix Heinrichs mehrheitlich ein SPD-Kandidat zum Bürgermeister gewählt, in der Ratswahl landete die SPD jedoch nur auf dem zweiten Platz und lag mit 28,4 % rund fünf Prozentpunkte hinter der CDU (33,2 %). Darüber hinaus erzielte auch die AfD ein zweistelliges Ergebnis (15,7 %). Ein vergleichbares Kräfteverhältnis zeigte sich auch bei der Bundestagswahl: Die CDU erreichte 36,4 % der Erststimmen und 30,6 % der Zweitstimmen, die SPD 26,2 % bzw. 18,7 %, während die AfD mit 18,3 % der Erststimmen und 18,1 % der Zweitstimmen ebenfalls deutlich zweistellig abschnitt.

Seit 2023 besteht in Mönchengladbach eine Koordinierungs- und Fachstelle für Demokratiearbeit (KuF). Ein eigenständiges kommunales Budget für Demokratieförderung, Integration oder politische Bildung existiert nicht. Seit 2025 wird jedoch ein Demokratieförderprojekt in Kooperation mit De Kull e. V. und dem Bildungspark umgesetzt, das direkt in Jugendeinrichtungen Bildungsangebote vorhält. Im Rahmen der Partnerschaften für Demokratie ist die Stadt lokal, regional und überregional gut vernetzt. Eine zentrale Rolle spielt dabei das Bündnis für Demokratie Mönchengladbach im Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Die Vernetzung mit Schulen wird als gut eingeschätzt, während die Zusammenarbeit mit Jugendzentren und kirchlichen Akteur:innen eher punktuell erfolgt. Die Einbindung von Migrant:innenorganisationen wurde durch deren Aufnahme in das Bündnis im Jahr 2025 deutlich verbessert. Als strukturelle Herausforderungen gelten insbesondere die Erreichbarkeit der Randbezirke sowie eine insgesamt noch ausbaufähige Verzahnung von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft.

4 Stadt Mönchengladbach 2022: Sozialbericht Mönchengladbach 2022.

5 IHK (Industrie- und Handelskammer Mittlerer Niederrhein) (2018): Mönchengladbach.

<https://www.ihk-krefeld.de/de/wirtschaftsstandort/analysen-undpositionen/standortanalysen/moenchengladbach.html>

6 Stadt Mönchengladbach 2022: Sozialbericht Mönchengladbach 2022.



ERGEBNISSE

DER BEFRAGUNGEN UND DES WORKSHOPS



Im Folgenden wird über die Befunde der quantitativen Online-Befragung von Personen, die sich in Mönchengladbach beruflich, ehrenamtlich oder aktivistisch für die Demokratie engagieren, der vertieften Interviews mit ausgewählten Schlüsselpersonen des Demokratieengagements und des mit professionalisierten Demokratieaktiven durchgeführten Workshops berichtet. Bei der Online-Befragung haben nicht alle Teilnehmenden auf alle Fragen eine Antwort gegeben, so dass die jeweils angegebene Stichprobengröße variiert. Die Prozentangaben basieren dementsprechend auf jeweils einer etwas abweichenden Anzahl an Befragten, die eine Frage beantwortet haben (daher kann die gleiche Anzahl Befragter, die eine Antwort gegeben haben, zu unterschiedlichen Prozentzahlen führen). Bei etlichen Fragen waren Mehrfachangaben möglich, so dass hier die absoluten Zahlen z. T. größer sind als die Anzahl der Befragten.

KOMMUNALE GESAMTSITUATION/ ALLGEMEINE LAGE

DEMOKRATIEARBEIT IN DER STADTSTRUKTUR

Die Stadt Mönchengladbach hat insgesamt rd. 276.000 Einwohner:innen. Die Stadt verfügt über klar unterscheidbare Kerngebiete und Randbezirke. Die Raumstruktur ist kleinteilig und stark segmentiert. Urbane Funktionen konzentrieren sich auf die Kernstadt von etwa 80.000 Personen. Dies unterstreicht auch die Ansiedlung der Demokratieaktivitäten. In der Online-Befragung gaben 54 Personen an eher in zentralen Bezirken und nur 21 Personen eher in Randbezirken aktiv zu sein, darunter sind 11 Personen, die angeben, sowohl in einem zentralen als auch in einem Randbezirk aktiv zu sein (Mehrfachangaben möglich, siehe Abbildung 1).

Ein konsistentes Großstadtgefühl stellt sich dennoch nur bedingt ein. Die Zersplitterung erschwert gesamtstädtische Übersicht, Koordination und die Verdichtung von Aktivitäten zu einem sichtbaren Gesamtprofil. Mönchengladbach ist erheblich betroffen vom Strukturwandel. Gleichzeitig fließen große Summen in die Förderung der Transformation des Rheinischen Reviers. Diese Transformationsmittel (Braunkohle) sind für das Arbeitsfeld noch nicht ausgeschöpft. Die Pfd ist in der Innenstadt und in Rheydt präsent; in den Randbezirken bestehen klassische Strukturen der Jugendarbeit und Vereinslandschaft, die verlässliche Teilhabemöglichkeiten bieten. Diese lokalen Milieus können als natürliche Andockstellen für Beteiligung und Bildung genutzt werden. Die Pfd's und andere Akteur:innen der Demokratiearbeit nutzen diese Anknüpfungspunkte für ihre jeweiligen Arbeitsschwerpunkte.

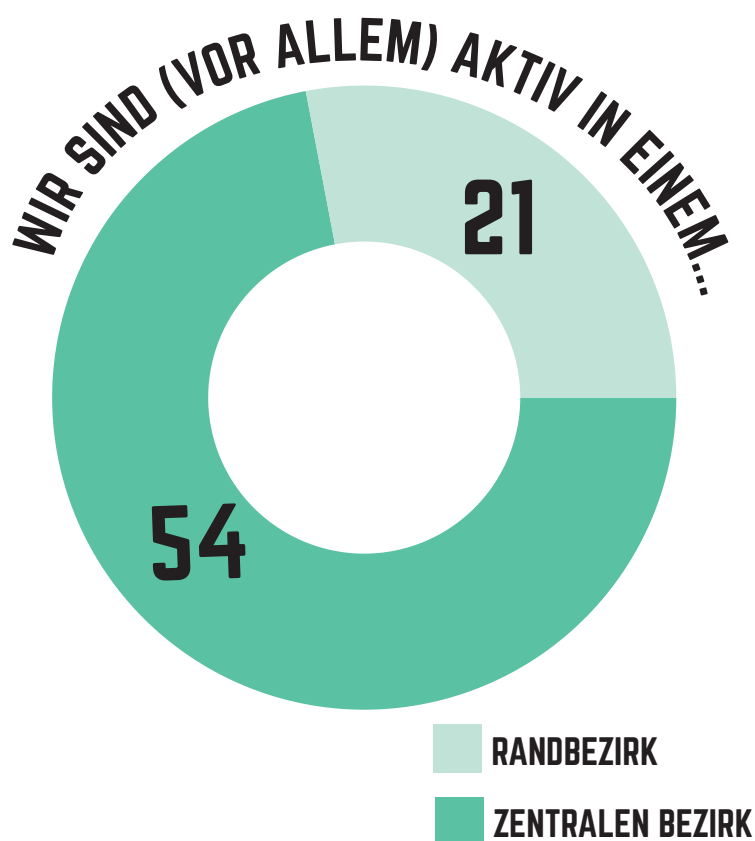


Abbildung 1
Demokratieaktivität Rand- und zentraler Bezirk (Mehrfachangaben möglich;
Angaben in absoluten Zahlen, einige Personen nennen zentralen und Randbezirk)

SOZIALE LAGE, ZUGEHÖRIGKEIT UND BINDUNGEN

Soziale und finanzielle Ungleichheiten prägen die Stadtgesellschaft.

Hohe Kinderarmut und SGB-II-Bezug belasten Teilhabechancen. Die Demokratiearbeit in Mönchengladbach reagiert darauf, indem diese hauptsächlich in mittel-reichen und ärmeren Bezirken aktiv ist (siehe Abbildung 2).

Viele Befragte sind aber zugleich in unterschiedlich wohlhabenden Bezirken aktiv, vor allem in ärmeren und mittel-reichen.

IN WELCHEM TEIL IHRER KOMMUNE/ IHRES KREISES SIND SIE MIT IHRER DEMOKRATIEARBEIT/ IHREM DEMOKRATIEENGAGEMENT SCHWERPUNKTMÄSSIG AKTIV?

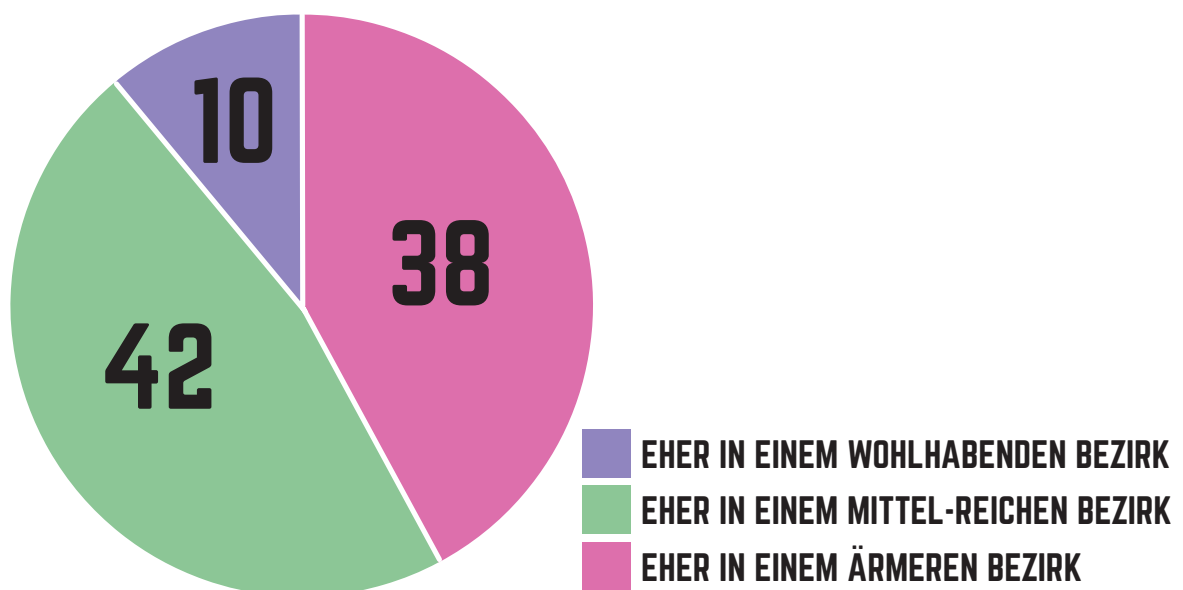


Abbildung 2
Aktivität der Demokratiearbeit nach finanzieller Lage der Bezirke
(Mehrfachangaben möglich; Angaben in absoluten Zahlen der Nennungen)

ZIVILGESELLSCHAFT UND VEREINSKULTUR

Neben aktiven Vereinsmilieus existieren funktionierende Beteiligungsstrukturen wie ein Senior:innenrat, auch wird in vielen Quartieren kontinuierlich Verantwortung durch zivilgesellschaftliche Akteur:innen übernommen. Dies zeigte sich auch in der Online-Befragung durch die hohe Anzahl an Teilnehmer:innen, die mit ihrer Demokratiearbeit bei zivilgesellschaftlichen Trägern oder Vereinen angesiedelt sind (siehe Abbildung 3a).

Insbesondere Jugendverbände kämpfen mit Nachwuchsproblemen auf der Leitungsebene genauso wie bezüglich der Gewinnung von Teilnehmenden. Wo Engagement hohe Beziehungsarbeit erfordert, bleibt Demokratiearbeit oft eher randständig. Die Abwanderung junger Menschen schwächt zudem die Ortsbindung, Rückkehrende finden nicht automatisch Anschluss an lokale, formale Netzwerke. Gleichzeitig können die PfDs auf eine solide zivilgesellschaftliche Grundlage durch ein breites bürgerschaftliches Engagement zurückgreifen. In der Befragung gaben 45 Personen an, beruflich im Feld der Demokratiearbeit tätig zu sein. 25 Personen gaben ein ehrenamtliches und 6 Personen ein aktivistisches Engagement an (Mehrfachangaben möglich, siehe Abbildung 3b).

ANSIEDLUNG DER DEMOKRATIEARBEIT

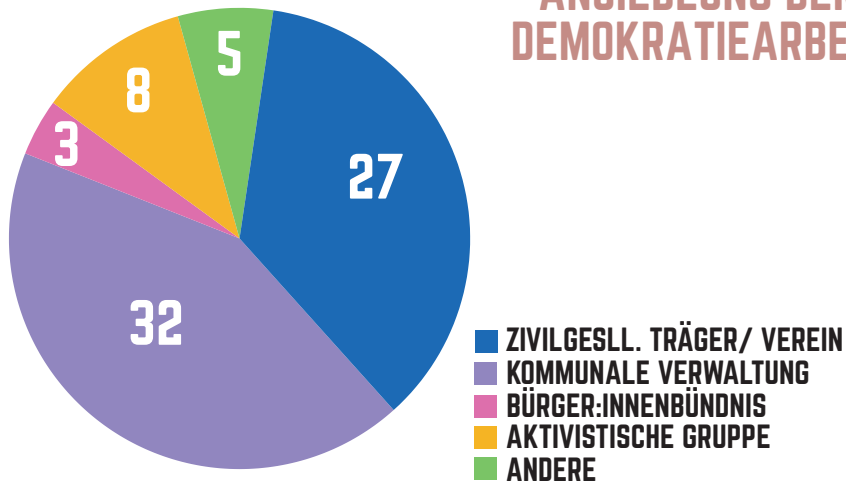


Abbildung 3a)
Ansiedlung der Demokratiearbeit
(Mehrfachangaben möglich; Angaben in absoluten Zahlen der Nennungen).

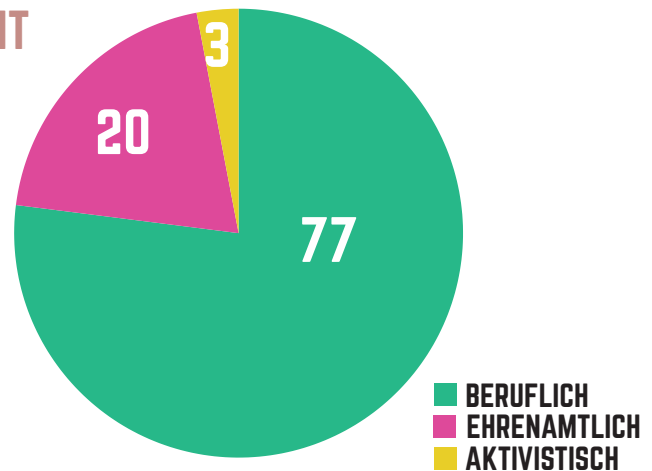


Abbildung 3b)
Art der Tätigkeit der Demokratiearbeit
(Mehrfachangaben möglich; Angaben in Prozent (n=60)).

Dieses gemischte Bild der zivilgesellschaftlichen und Vereins-Struktur zeichnet sich ebenfalls in der Online-Befragung bei der Frage ab, wie die Demokratiearbeit aus Sicht der Befragten im lokalen Wirkungskreis aufgestellt sei. Von den 41 Personen, die auf diese Frage antworteten, gaben mit 46 % nur knapp die Hälfte an, die Lage als eher gut oder gut wahrzunehmen, während 32 % diese als teils-teils (gut bzw. schlecht) und 22 % eher schlecht bis sehr schlecht einschätzen (siehe Abbildung 3).

WIE IST DIE DEMOKRATIEARBEIT AUS IHRER SICHT IN IHREM LOKALEN WIRKUNGSKREIS INSGESAM AUFGESTELLT?

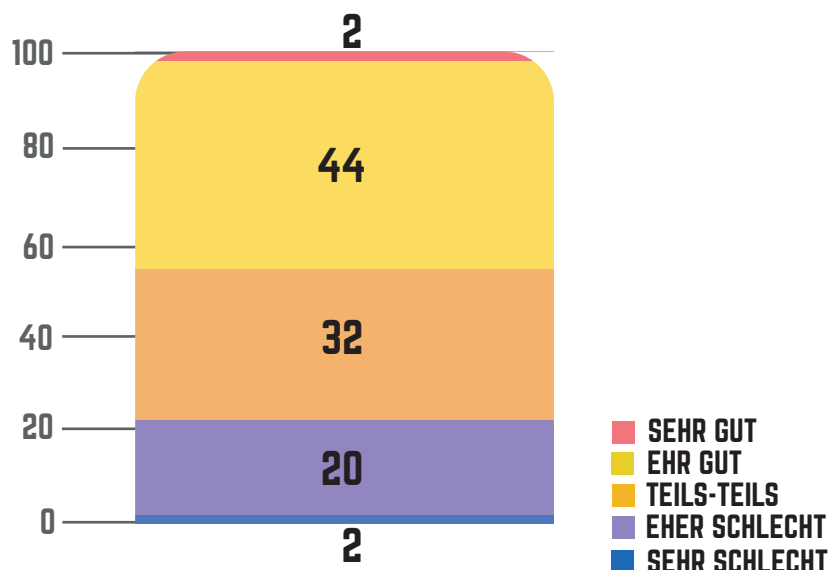


Abbildung 3
Einschätzungen zur Aufstellung der Demokratiearbeit im Wirkungskreis
(Angaben in gültigen Prozentsen, n=41)

POLITISCHE BILDUNG UND DEMOKRATIEFÖRDERUNGSMINFRASIRUKTUR

Die Stadt verfügt über präventive Strukturen gegen Extremismus verschiedener Ausrichtungen und pflegt einen engen Austausch der Verwaltung mit Sicherheitsbehörden auf Landesebene. Etablierte demokratische Parteien sind präsent, Parteivertreter:innen werden zu zivilgesellschaftlichen Aktivitäten eingeladen und beteiligen sich aktiv daran. Der Oberbürgermeister ist offen für Einladungen und übernimmt beispielsweise Grußworte bei Veranstaltungen von Bürger:inneninitiativen. Lediglich ein Träger der außerschulischen politischen Bildung, der Bildungspark (Teil des Dachverbandes Lernort Stadion e. V. und des freien Trägers der Jugendhilfe De Kull e. V.), wirkt sowohl in der Stadt

als auch im Umland; allgemeine Fördertöpfe für Jugendarbeit sind verfügbar.

Die Angebotslandschaft ist jedoch fragil: Der zentrale Träger arbeitet ohne Grundförderung vorwiegend projektfinanziert, wodurch Verstetigung und Vielfalt begrenzt sind. Spezifische Mittel für Demokratieförderung fehlen, politische Bildung hat im schulischen Kontext landesweit an Gewicht verloren und kann außerschulisch nicht ausreichend kompensiert werden.

Auch weitere Träger mit primär anderen Aufgaben engagieren sich auf unterschiedlicher „Flughöhe“ aktiv in der politischen Bildung und Demokratieförderung.

Genannt wurden unter anderem: kirchliche Jugendarbeit, Bürger:innenzentren, Wohlfahrtsverbände, der Stadtsportbund, die Stadtbibliothek, sowie lokale Bündnisse (Bettrath bleibt bunt, Initiative Gründerzeitviertel, Mönchengladbach stellt sich quer) auf Seiten der zivilen Akteur:innen sowie die AG Vielfalt, Arbeitskreise gegen Rechtsextremismus und die Integrationsbeauftragte auf Seiten der Verwaltung. Diesen hohen Stellenwert der Vereine und Institutionen in der Bildungsarbeit unterstreicht auch die Online-Befragung, indem über die Hälfte der Befragten Vereine (n=23) Bildung, Wissensvermittlung und Aufklärung als die wesentlichen Ziele ihrer Arbeit nannten (siehe Abbildung 4).

WAS SIND AUS IHRER SICHT DIE WESENTLICHEN ZIELE IHRER ARBEIT/ IHRES ENGAGEMENTS MIT BEZUG ZUM THEMA DEMOKRATIEFÖRDERUNG?

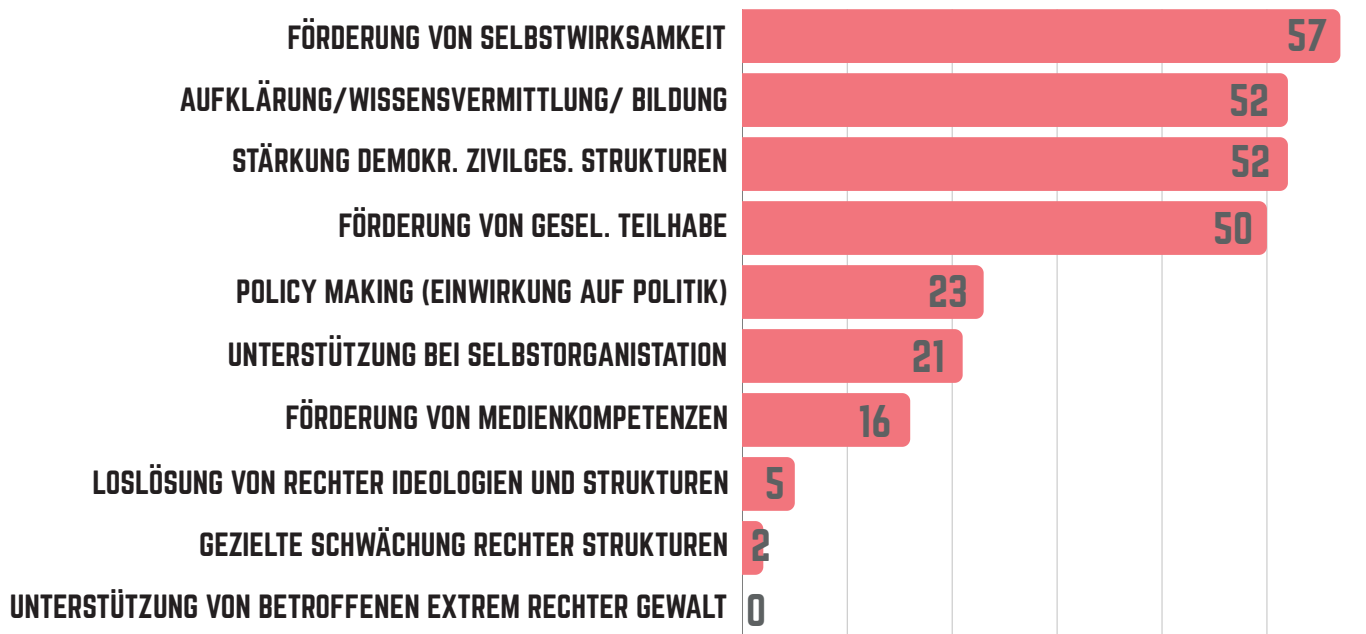


Abbildung 4
Wesentlichen Ziele des Demokratie-Engagement
(Mehrfachangaben möglich; Angaben in gültigen Prozenten, n=44)

FINANZIELLE RAHMENBEDINGUNGEN UND STEUERUNGSLOGIK

Etablierte Verwaltungs- und Förderprozesse sichern Mindeststandards und geben verlässliche Verfahren vor. Die hoch belastete Haushaltslage begrenzt allerdings Innovation und Zukunftsfähigkeit. Über Jahre wurden Bildung und Offene Kinder- und Jugendarbeit reduziert. Strukturelle Förderung orientiert sich häufig am „Minimalprinzip“, so die Einschätzung einer befragten Person. Durch die knappen Ressourcen werden

Engagement und Umsetzungswille regelmäßig gebremst. Auch wird es durch die Ressourcenengpässe erschwert, strategische Schwerpunkte zu setzen. In der Online-Befragung gaben 50 % der Teilnehmenden an, dass sie die finanzielle Ausstattung als eher schlecht bis sehr schlecht einschätzen (n=19).

POLITISCHES KLIMA, POLARISIERUNG UND SCHUTZ

Die demokratische Grundordnung ist tragfähig:

Akute Bedrohungen oder physische Angriffe auf Demokratieakteur:innen sind selten und werden aus Sicht von Demokratieengagierten in Mönchengladbach als deutlich geringer ausgeprägt als in einigen ostdeutschen Regionen erlebt. Präventionsstrukturen bestehen, die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Sicherheitsbehörden ist themenspezifisch durchaus eng.

Die Stimmungslage in Mönchengladbach wird von der Mehrheit als insgesamt eher demokratiefreundlich eingeordnet. Auf einer Skala von -50 bis +50 wurden alle positiven Angaben als eher (1) bis maximal (50) demokratiefreundlich und alle negativen Angaben als eher (-1) bis maximal demokratiefeindlich (-50) eingeschätzt.

Die Angaben der Teilnehmenden der Onlinebefragung (n=42) sind in Abbildung 5 zu sehen und zeigen ein eher zuversichtliches Bild mit einigen kritischen Ausschlägen Richtung Demokratiefeindlichkeit.

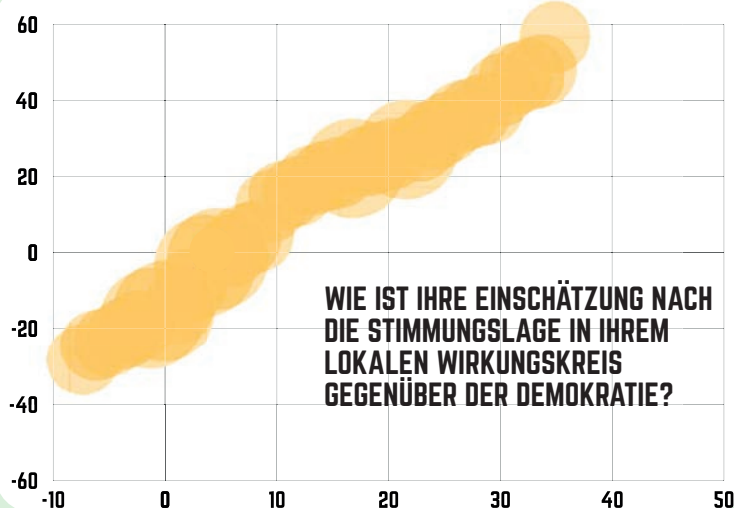


Abbildung 5
Stimmungslage im lokalen Wirkungskreis (n=42)

Denn zugleich ist der Ton rauer geworden und die online-Befragten beobachten demokratiegefährdenden Aktivitäten in der Kommune. Besonders HateSpeech, also die Verbreitung von Hass z. B. über Social Media, wurde von 43 % der Befragten der Onlineumfrage als stark oder sehr stark (n=16) wahrgenommen. Auch Rechtspopulismus schätzten 41 % der Befragten (n=16) als besonders drängende demokratiegefährdendes Phänomen in Mönchengladbach ein. Damit verwandte Delegitimierung des Staates und Querdenker-Aktivitäten werden von knapp einem Fünftel der Befragten als drängendes Problem eingestuft. Demokratiegefährdende Aktivitäten dieser Art sind derzeit bundesweit nicht sehr sichtbar bzw. haben sich politisch einschlägig entwickelt. Der Verfassungsschutz hat jüngst diesen politisch nicht immer klar zuordbaren Phänomenbereich als eigenständige Kategorie aus seinem Bericht genommen, der während der Coronapandemie neu aufgenommen worden war.

ART DER DEMOKRATIEGEFÄHRDENDEN AKTIVITÄT

(MITTEL) LINKE MILITANZ	9%
VERSCHWÖRUNGSIDEOLOGIE	10%
ISLAMISMUS	16%
DELEGITIMIERUNG DES STAATES	17%
QUERDENKER	20%
RECHTSEXTREMISMUS	28%
RECHTSPOPULISMUS	41%
HATESPEECH	43%

Abbildung 6
Art der Demokratiegefährdenden Aktivität

Rechtsextremismus wird von rund einem Drittel der Teilnehmenden (28 %, n=11) als stark oder sehr stark wahrgenommen. Offen zur Schau getragene rechtsextreme Haltungen nehmen insbesondere unter Jugendlichen zu, und die Stadtgesellschaft zeigt stärkere Polarisierungstendenzen. Nur knapp jeder zehnte Befragte (9 %, n=3) sieht in linker Militanz aktuell ein drängendes Problem in Mönchengladbach, wobei Polizei und Verfassungsschutz für NRW insgesamt deutlich gestiegene Aktivitäten und auch Straftaten beobachten. Nur 16 % (n=) der online Befragten nennen Islamismus als derzeit demokratiegefährdende Aktivität in Mönchengladbach. Dies überrascht insofern, als dass die Sicherheitsbehörden Mönchengladbach als einen Hotspot der extremistischen Salafistenszene betrachten.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit/-ismen, die zwar oft weniger extrem in Erscheinung treten, nichtsdestotrotz die Würde und Gleichwertigkeit aller Menschen in Frage stellen und bedrohen, sind nach Einschätzung der online Befragten durchaus virulent (Abbildung 7).

WIE PRÄSENT SIND DIE FOLGENDEN PHÄNOMENE GRUPPENBEZOGENER MENSCHENFEINDLICHKEIT IN DER KOMMUNE?

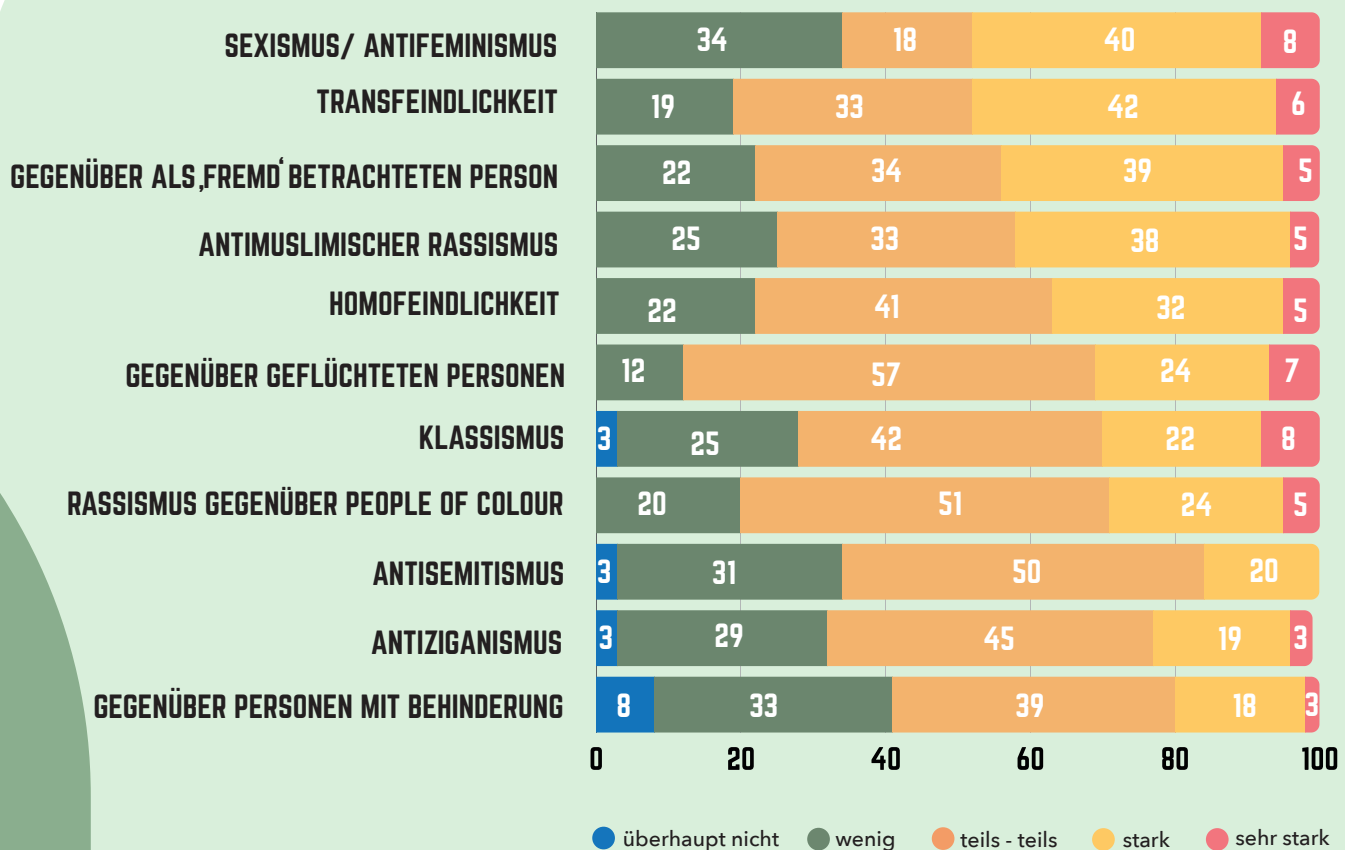


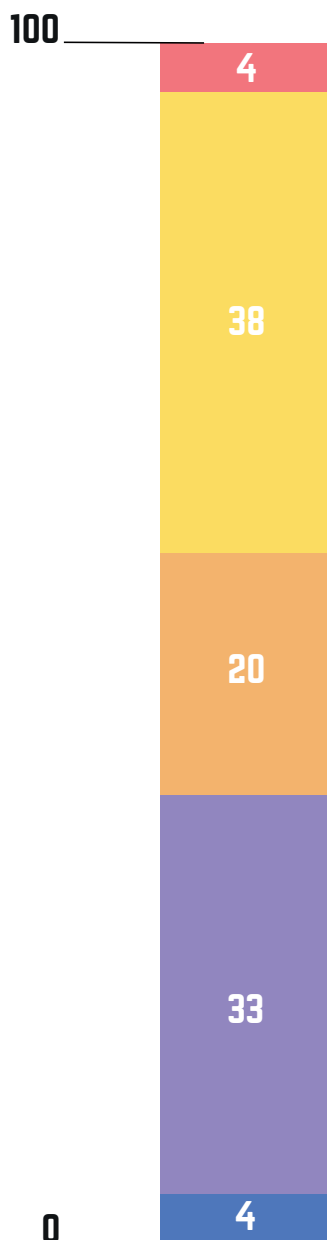
Abbildung 7
Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Mönchengladbach
(Angaben in gültigen Prozenten; n=31-42)

Am häufigsten wurde antipluralistische Feindlichkeit beobachtet. Dazu gehören mit 48 % (als stark bis sehr stark wahrgenommen) Sexismus und Antifeminismus (n=18) sowie mit ebenfalls 48 % (als stark bis sehr stark wahrgenommen) Transfeindlichkeit (n=17). Außerdem wurde Fremdenfeindlichkeit berichtet, darunter mit 44 % Feindlichkeit gegenüber als ‚fremd‘ betrachteten Personen (n=18) und mit 43 % Antimuslimischer Rassismus (n=17).

Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen wurden in der vertieften Interviews besonders im Kontakt mit Behörden und Schulen berichtet. Verdrängungs- und Verlustängste verstärken Abgrenzung während scheinbar „leichte Lösungen“ schnellen Zuspruch erhalten. Die schwache Ortsbindung jüngerer Menschen mindert das soziale Kapital. Nach Durchführung der Interviews haben weitere, teils gewaltvolle Übergriffe aus dem rechtsextremen Spek-

trum stattgefunden, darunter ein Angriff auf das queere Zentrum Mönchengladbach (eingeschlagene Scheibe, Drohungen und Schmierereien) und auf einen jüdischen Gedenkstein auf dem Neuwerker Friedhof (in Form von Schmierereien und Symbolen).

42 % der Befragten (n=19) der Online-Befragung nahmen (starke) Aktivitäten von demokratiefeindlichen Akteur:innen in Mönchengladbach wahr
(siehe Abbildung 8).



WIE AKTIV SIND MÖGLICHE DEMOKRATIEFEINDLICHE AKTEUR:INNEN IN IHREM WIRKUNGSKREIS?

- GAR NICHT AKTIV
- WENIG AKTIV
- TEILS - TEILS
- ETWAS AKTIV
- SEHR AKTIV

Die aktuelle Sitzverteilung der gewählten Parteien im Stadtrat wirke aus Sicht der Befragten punktuell konfliktiv, etwa durch das Infragestellen von Gemeinnützigkeit bei Vereinen.

Auch im SuRA-Workshop beschrieben die Teilnehmenden die Situation nach der Kommunalwahl als ambivalent: Als eines der zentralen Themen wurde u. a. „Armut“ benannt. Weiterhin wurde in der Runde eine beobachtete Normalisierung rechter Verschiebungen als ein „Zufrieden-Sein mit immerhin stabilen Verhältnissen“ problematisiert. Entsprechend betonten die Teilnehmenden die Notwendigkeit kontinuierlicher politischer Bildung und Beteiligungsarbeit auch zwischen Wahlterminen.

Abbildung 8
Aktivität demokratiefeindlicher Akteur:innen
(Angaben in gültigen Prozent; n=45)

EINFLUSS GLOBALER KRISEN

Darüber hinaus zeichnet sich der Einfluss globaler Krisen ab. Die Pandemieerfahrungen markieren einen Wendepunkt und mediale Konflikt narrative finden lokal Widerhall. In den Krisenzeiten der letzten Jahre (Coronapandemie, Krieg Russlands gegen die Ukraine, etc.) sind neben Verunsicherung jedoch auch neue Engagement-Impulse entstanden. Diese wirken sich vielfältig auf die Arbeit der Demokratieengagierten aus und haben auch zur Bildung neuer Initiativen geführt.

Fast zwei Drittel (61 %) der online Befragten bewerten den Einfluss globaler Krisen auf ihre Arbeit als eher oder sehr groß (n=24) (siehe Abbildung 9).

Die Teilnehmenden wurden zudem gebeten zu reflektieren, inwiefern globale Krisen Einfluss auf ihre Arbeit nehmen. Es wurden 28 Angaben gemacht, die sich 5 Hauptthemen zuordnen lassen:

1. Themenverschiebungen
2. Hilfe bei/Konfrontation mit Angst von Adressat:innen/ Zielgruppe
3. Einflussnahme auf Debatten/Informationsbedarf
4. Konkret andere Arbeitsroutinen
5. Debatte über Finanzen

Bezüglich der Themenverschiebungen wurde berichtet, dass mit globalen Krisen andere und neue Themen in den Fokus in der Arbeit geraten. Dazu zählen Inflation, Bedrohung durch Krieg (z. B. Nahost), Cyberkrieg, Fragen zu Völkerrechtsdefinitionen, Gender oder Corona, unter anderem sei dies auch der Fall, weil in den Schulen keine Gesprächsforen für diese Themen geboten würden.

Durch die Krisen seien zudem die Zielgruppen stärker psychisch belastet. Die Engagierten beobachten hier Ängste, bei denen sie unterstützen müssten. Es dominierten vermehrt negative Zukunftsbilder bzw. Zukunftsängste, Einsamkeitserleben bzw. eine generelle Verunsicherung durch zu viele gleichzeitige Krisen. Die Menschen würden sich dadurch auf ihre eigene Person rückbeziehen und von der Wirklichkeit abkehren. Es sei ein höherer Beratungsbedarf da.

Außerdem nahmen die Befragten neue Wege der Einflussnahme auf Debatten wahr, sowohl Wege, die sie selbst wählten, als auch jene, mit denen sie konfrontiert wurden. Die Engagierten konnten auch selbst Themen setzen, über die gesprochen und debattiert wurde. Allerdings gäbe es aus ihrer Sicht auch einen zu großen Informationsfluss, der es erschwere alle Themen im Blick zu behalten, Social Media werde zunehmend als Informationsquelle verwendet und das vor dem Hintergrund zunehmender Menschenfeindlichkeit.

Durch diese Themenverschiebung und den erhöhten Informationsbedarf reagieren die Organisationen nach Auskunft der Befragten mit Informationsveranstaltungen wie Lesungen oder Diskussionsrunden und setzen sich in der politischen Debatte für die drängenden Themen verstärkt ein. Auch müssten sich Vereine zunehmend mit Debatten um die Bedeutung von Mitteln und deren Verschiebung bzw. Einsatz kümmern. Außerdem hätten sich die Arbeitsroutinen verändert, indem beispielsweise weniger an Veranstaltungen teilgenommen werde.

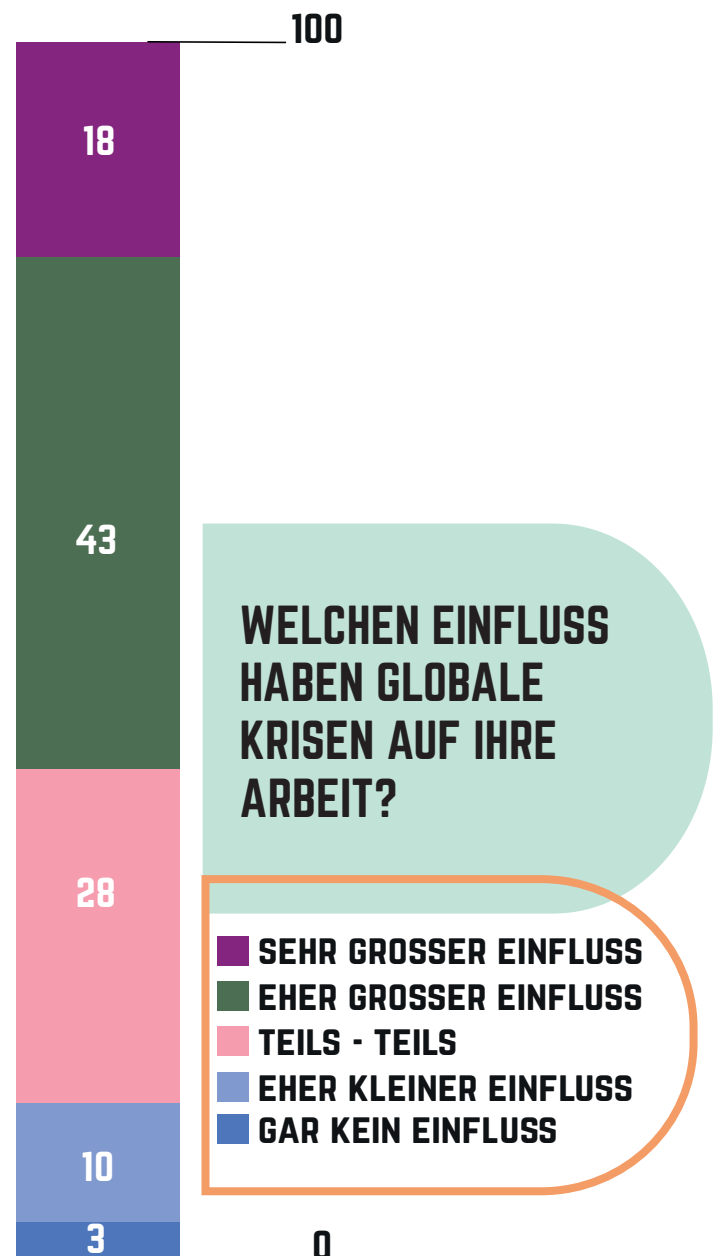


Abbildung 9
Einfluss globaler Krisen auf Arbeit (n=64)



Kommunales Schutzkonzept erarbeiten:

klare Zuständigkeiten, Meldewege und Ressourcenausstattung festlegen; Präventionsstrukturen sichtbar machen.

Basis- und Diskurskompetenzen fördern:

praxisnahe Module zu Wahlen und Beteiligung, Medien- und Diskurskompetenz insbesondere für Jugendliche ausbauen.



HANDLUNGsimpulse

FÜR DEN BEREICH POLITISCHES KLIMA

Gesamtstädtische Übersicht stärken:

kleinräumiges Beobachtungs-Monitoring etablieren, um die Zergliederung zu überbrücken und Prioritäten klar zu steuern.

Vereinsmilieus als Bildungspartner nutzen:

demokratiebezogene Inhalte systematisch in bestehende Vereins- und Jugendarbeitsstrukturen integrieren, Qualifizierung für Führungskräfte ausbauen.

Trägerlandschaft diversifizieren und verstetigen:

Grundförderung für außerschulische politische Bildung aufbauen, projektförmige Kurzläufe durch längerfristige Linien ergänzen.

Räume näher an Zielgruppen bringen:

dezentral verfügbare, förderfähige Orte in Randbezirken erschließen; Wegezeiten reduzieren und Sichtbarkeit vor Ort erhöhen.

DEMOKRATIEENGAGEMENT UND DEMOKRATIEFÖRDERUNG



Das Demokratieengagement in der Kommune ist sichtbar und durch ein lebendiges zivilgesellschaftliches Engagement geprägt. Gleichzeitig bestehen Hürden, insbesondere in der Demokratieförderung hinsichtlich Bürokratie, fehlender Fördertöpfe und einem vermeintlichen „Neutralitätsgebot“.



DISKURSLAGEN UND GESELLSCHAFTLICHE DYNAMIKEN

Gesamtgesellschaftliche Debatten wirken auf die Mönchengladbacher Bevölkerung motivierend und anstoßgebend. Die großen Protestwellen ‚gegen Rechts‘ haben lokalen Zulauf erzeugt und Menschen aktiviert, die zuvor nicht politisch sichtbar waren. Geschlechter und Gleichstellungsthemen sind präsent, die diesjährige Demokratiekonferenz der Pfd fokussierte (Anti-)Feminismus sowie polarisierte Social-Media-Diskurse (z. B. Tradwife- Bewegung, Misogynie, Gewalt gegen Frauen) und griff damit ein auch für Jugendliche hoch relevantes Feld auf. Weiter oben wurde bereits dargestellt,

dass Sexismus und Antifeminismus laut Angabe der online Befragten die am stärksten ausgeprägte bzw. wahrnehmbare Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit war. Somit fügte sich das Konferenzthema gut an die Eindrücke der Mönchengladbacher Akteur:innen ein. Intergenerationale Projekte zeigen, dass Begegnung Vorurteile abbaut und Perspektiven erweitert. Ein tragfähiger, breit geteilter antifaschistischer Grundkonsens bleibt als orientierende Basis wünschenswert.

REICHWEITE UND ZUGÄNGE DES DEMOKRATIEENGAGEMENTS

Die Demokratieförderung verfügt über sichtbare Anker in der Innenstadt und in Rheydt. In den ländlicheren Randbezirken bieten gewachsene Vereinsstrukturen, Sportvereine und Brauchtum (Karneval, Schützen) tragfähige Kontaktangebote, die als lokale Milieus Partizipation niedrigschwellig ermöglichen (siehe Abschnitt Stadt- und Raumstruktur). Lernortwechsel funktionieren: Workshops im Stadion oder an grünen Lernorten sprechen besonders Jugendliche an und fördern dialogische Auseinandersetzung, insbesondere wenn sie repräsentieren „nicht Schule“ zu sein.

Gleichzeitig bleibt die Reichweite der Angebote der Pfd ungleich verteilt: Angebote werden überwiegend im Zentrum realisiert (s. o.). Jugendliche aus den Außenlagen nehmen innerstädtisch Formate selten wahr. Es fehlen langfristig gesicherte, förderfähige Räume in Nähe der Zielgruppen. Miet- und Nebenkosten sind schwer förderbar, eine gewisse Herausforderung seien u. a. auch passend ausgestattete Räume mit WLAN für Jugendgremien. Dennoch helfen sich bestehende Netzwerke praktisch: Vereine stellen Räume, Material und Transport zur Verfügung; die Pfd unterstützt mit vorhandener Ausstattung.

Im SuRA-Workshop identifizierten die Teilnehmenden „Stadtteilgespräche“ als wichtiges Element kommunaler

Demokratiearbeit, zugleich wurden deutliche Unterschiede zwischen Stadtteilen hinsichtlich Wahrnehmung und Belegung der Formate benannt (positiv hervorgehoben wurden auch hier u. a. Gespräche in Rheydt und Hardt). Diskutiert wurde außerdem, dass sich Identifikationen teilweise weiterhin an früheren Bezirkszuschnitten orientieren und die Ansprache im Sozialraum entsprechend anschlussfähig gestaltet werden müssen. Als zentrale Stellschrauben für bessere Zielgruppenerreichung nannten die Teilnehmenden familienfreundliche Rahmenbedingungen (z. B. hinsichtlich Uhrzeiten, angebotene Kinderbetreuung) sowie die Berücksichtigung religiöser Feiertage. Zudem wurde betont, dass neue Kommunikationswege und aktive Verteilerpflege erforderlich seien, um über die „üblichen“ Teilnehmenden hinaus weitere Gruppen zu erreichen.

Als Entwicklungsrichtungen wurden u. a. sozialraumorientierte Kooperation, das Schaffen von Diskursräumen und flächendeckende Präventions- und Interventionsangebote genannt; als Umsetzungsbedingungen vor allem personelle und finanzielle Ressourcen sowie das Nutzen von „Zwangskontexten“ (insbesondere Schule).

WAHLBETEILIGUNG

Wie bereits oben erwähnt, lag die Wahlbeteiligung mit unter 50 % bei der Kommunalwahl deutlich niedriger als bei der Bundestagswahl mit über 70 %.

Es existiert ein Angebot an niedrigschwelligen Bildungsmodulen zu Wahlabläufen und lokaler Politik, die von den Jugendlichen als entlastend wahrgenommen wurden, was sich jedoch leider noch nicht in einer deutlich höheren Wahlbeteiligung von U18 widerspiegelt. Die Wahlbeteiligung lag auch hier insgesamt unter 50 % und bleibt eine zentrale Baustelle.

Dies liegt u. a. an Unsicherheiten: Viele wahlberechtigte Jugendliche kennen Abläufe und Erwartungen am Wahltag nicht. Manche Jugendliche trauten sich nicht zu wählen, weil die Abläufe unbekannt seien. Auch seien Zeitressourcen in jugendlichen Lebenswelten knapper geworden.

Kritisch wurde hier im Nachgang zu den Befragungen ergänzt, das im Vorfeld der Kommunalwahl keine Veranstaltungen wie Podiumsdiskussionen in städtischen Gebäuden stattfinden sollten. Der Eindruck wurde von

den Mitgliedern des Bündnisses auch in Bezug auf das sogenannte „Neutralitätsgebot“ am Workshop zur SuRA bestätigt. Dies wurde von Akteuren als Hinweis auf „voraussetzenden Gehorsam“ interpretiert.

Als Handlungsimpuls lässt sich daraus ableiten, in Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft hierzu noch einmal fundierte Klarheit herzustellen: Was bedeutet ‚politische Neutralität‘ (parteilpolitische, aber nicht wertfreie Neutralität), wie übersetzt sie sich im Kontext des Engagements für Demokratie, für wen gilt dieses Gebot in welchem Setting (für zivilgesellschaftliches Engagement gelten andere Vorgaben als für staatliche/kommunale Bedienstete und Beamte) und wie verhält sich diese Forderung zum Prinzip der wehrhaften Demokratie, die ihre liberalen und pluralen Werte lebt und verteidigt. Ein erster einfacher Handlungsimpuls könnte ein Hinweis etwa auf die Handreichung „Mythos Neutralitätsgebot“ auf dem Engagement-Portal der Landesregierung NRW sein, um z. B. Mitarbeiter:innen der Verwaltung mehr Sicherheit im Umgang mit dieser Forderung zu geben



ENGAGEMENT-LANDSCHAFT UND BÜNDNISSE

Die Zivilgesellschaft ist vielfältig und aktiv. Lokale Bündnisse organisieren Demonstrationen und Kundgebungen; im Bündnis der Partnerschaft für Demokratie sind Vereine aus unterschiedlichen Communities (u. a. queere Communities oder Menschen mit Behinderung), relevante Ämter und engagierte Migrant:innenorganisationen zusammen geschlossen. Dorfgemeinschaften tragen gelebte Demokratie im Alltag z. B. über gemeinschaftlich organisierte Feste. Auch neue Felder werden erschlossen: Erstmals hat ein Karnevalsverein ein Demokratieprojekt umgesetzt. Ein queeres Jugendzentrum wurde substanzial gefördert und stärkt Schutzräume. Regelmäßige Netzwerktreffen der Vereine schaffen Austausch zwischen Ehrenamtlichen und Professionellen; ein

Dachverband unterstützt migrantische Vereine. Gleichzeitig engagieren sich häufig „die Immergleichen“, während andere Milieus schwer erreichbar bleiben. Eine Antidiskriminierungsstelle ist formal vorhanden, aber dauerhaft nicht besetzt, so dass Anlauf- und Beratungswege bei Diskriminierungstatbeständen begrenzt sind. Für Teile der Zivilgesellschaft wurden von den Befragten Professionalisierungsbedarfe festgestellt – z. B. in Fördermittelkompetenz. Auch seien die Vorgaben und Regularien für Förderanträge nicht hinreichend an (potenziellen) Zielgruppen ausgerichtet.

POLITISCHE BILDUNG: FORMATE, DIDAKTIK UND WIRKUNG

Die außerschulische politische Bildung ist sichtbar präsent. Beispielsweise wurde in einem Interview erzählt: „Wir bieten für 10- bis 27-jährige außerschulische Bildungsarbeit in Mönchengladbach an, mit knapp über 220 Workshops im Jahr und über 6.000 Jugendlichen.“ Theater-, kultur- und medienpädagogische Ansätze würden sich aus Sicht der Befragten bewähren, z.

B. Fotoprojekte wie „Angstorte in Mönchengladbach“. Lebensweltnahe, codesignte Formate sowie intergenerationale Konstellationen bauen Barrieren ab; auch organisationsübergreifendes Lernen (z. B. zwischen Schulformen) wurde als produktiv erlebt. Der programmatische Fokus auf junge Menschen sei für die Befragten nachvollziehbar und langfristig orientiert, zugleich lasse sich Demokratiebildung schlüssig mit lebenslangem Lernen verbinden und beginnt teilweise bereits in der Kita („Kindern eine Stimme geben“).

Insgesamt liegen gute Hebel zur Aktivierung vor: Jugendliche lassen sich am ehesten über kommunal greifbare Themen erreichen. Zudem ist die lokale Politik sichtbar und kann personell zugeordnet werden. Die Bezirksschüler:innenvertretung ist organisiert und engagiert.

Es gibt vielfältige kleine Projekte, lebendiges zivilgesellschaftliches Engagement und Offenheit, künstlerische Zugänge als Brücke zur Demokratiearbeit zu nutzen. Der Trend zur Öffnung in jüngere Altersgruppen unter 14 Jahren wurde als Gewinn gesehen. In der Online-Befragung wurden die Teilnehmenden gebeten die Arbeitsfelder, Ziele und Herausforderungen zu benennen, auf die sie sich zukünftig konzentrieren wollen. Dazu wurden 24 Angaben gemacht, die sich in fünf Ziele mit mehreren Angaben und daneben weitere Einzelangaben ordnen lassen. Mit 6 Angaben ist das häufigste Ziel die Demokratiebildung. Diese fokussiert Kinder und Jugendliche sowie Lehrkräfte. Als zweithäufigstes Thema mit 4 Angaben wurde Empowerment bzw. die Stärkung von Resilienz benannt. Zwei Angaben fokussierten die stärkere Begegnung verschiedener Gruppen und zwei andere die Stärkung der Chancengerechtigkeit bzw. der demokratischen Teilhabe.

Einzelthemen, die genannt wurden, sind die Fokussierung auf Jugendarbeit, Klimaschutz, Stärken der LGBTQIA+ Rechte, Professionalisierung der Diversitätsförderung (7 Vielfaltsdimensionen) in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie der Quartiersarbeit, Themen der Jugendlichen, Minderheitenschutz und Feminismus.

Die Verstetigung bleibt herausfordernd. Politische Bildung findet im schulischen Curriculum zu wenig Raum; außerschulische politische Bildung ist kommunal nicht regelhaft finanziert und bleibt projektformig. Ein quasi-Monopol des einzigen Trägers im Feld erzeugt Abhängigkeiten. Hohe Nachfrage in Schulen trifft auf Kurzläufe in Projekten; die Nachhaltigkeit leidet jedoch, wenn der inhaltliche Anschluss fehlt.

GOVERNANCE, KOORDINATION UND FÖRDERLOGIK

Die Partnerschaft für Demokratie wirkt über reine Projektförderung hinaus unterstützend, stellt Materialien bereit und erleichtert die Umsetzung. Auch sind in dem Feld weitere Träger aktiv und demokratiefördernde Strukturen vorhanden (siehe *Politische Bildung und Demokratieförderungsinfrastruktur bei ‚Kommunale Gesamtsituation‘*).

Strategische Integrationsplanung und die AG Vielfalt bündeln Fachabteilungen unter einem Dach. Regelmäßige Info- und Beratungsangebote stärken Ehrenamtliche; die Verwaltung unterstützt dort, wo Projekte initiiert werden. Gleichzeitig erzeugen Bürokratie, komplizierte Antragswege und Vorgaben von Bund und Kommune Hürden; „ablehnen zu müssen“ wurde von den Befragten als belastend beschrieben. Vorseilender Gehorsam im Zeichen des „Neutralitätsgebots“ verenge Spielräume im öffentlichen Raum. Haushaltsunsicherheit (z. B. durch vorgezogene Bundestagswahl) verzögerten die Planung. Es wurde berichtet, dass eine gut erreichbare One-Stop-Anlaufstelle für Fördermanagement („digital wie persönlich erreichbar“) fehle. Regelstrukturen für Demokratiebildung seien nicht etabliert.

Die Förderlandschaft bleibt jedoch eng: jenseits von „Demokratie leben!“ fehlen dedizierte Demokratietöpfe; Prioritäten (z. B. MINT oder digitale Bildung) wurden kritisch gesehen.

Kommunale Unterschiede und Sozialräume erfordern flexible Förderlogiken. Bildungsarbeit kostet Geld, Personal braucht verlässliche Entlohnung. In der Offenen Kinder- und Jugendarbeit kollidieren Pflichtaufgaben mit dem Anspruch, politische Bildung zu leisten.

HANDLUNGsimpulse für den Bereich Demokratieengagement

- ☐ **Koordination bündeln:**
eine niedrigschwellige Förder- und Beratungsstelle („One-Stop-Shop“) schaffen;
transparente Kriterien und kurze Wege etablieren.
- ☐ **Regelstrukturen aufbauen:**
Demokratiebildung in verlässliche Linien überführen, Grundfinanzierung für außerschulische politische Bildung sichern; Transformations- und Landesmittel gezielt andocken.
- ☐ **Diversität und Schutz stärken:**
Antidiskriminierungsstelle besetzen; Community- Vorbilder einsetzen;
Safe-Space-Formate sichern und mit Mittlerorganisationen verzahnen.
- ☐ **Bürokratie reduzieren:**
Antragslogiken vereinfachen, Miet-/Nebenkosten regelhaft förderfähig machen;
Neutralitätsgebot klar auslegen, um unnötige Selbstbegrenzung zu vermeiden.
- ☐ **Räume sichern:**
dauerhaft verfügbare, gut erreichbare Räume mit digitaler Infrastruktur in den Quartieren bereitstellen; Partnerschaften mit Vereinen verstetigen.
- ☐ **Lernarchitekturen weiterentwickeln:**
künstlerische, theater- und kulturpädagogische Ansätze ausbauen; intergenerationale und schulformübergreifende Formate verstärken; Sinnhaftigkeit durch sichtbare Ergebnisse zeitnah erfahrbar machen.



PARTIZIPATION

GOVERNANCE, REPRÄSENTATIVITÄT UND POLITISCHE BASISKOMPETENZEN

Auch wenn die gesamtpolitische Lage spürbar in die kommunale Ebene hinein wirkt, verfügt die Kommune über eine sichtbare Architektur formalisierter Beteiligungsmöglichkeiten: Senior:innenrat, Jugendparlament, Jugendforum, Jugendfestivals sowie eine kommunale Beteiligungsinitiative mit zwei FSJ-Stellen für junge Menschen. Diese Infrastruktur bietet tragfähige Anker, um Mitwirkung zu verstetigen.

Im Workshop wurde Partizipation als Spannungsfeld zwischen Quantität und Qualität diskutiert. Die Teilnehmenden warnten vor „Schein-Partizipation“ und betonten, dass Beteiligung nur dann nachhaltig wirke, wenn Umsetzungsoptionen sichtbar sind und Frusterfahrungen minimiert werden. Als konkrete Hemmnisse wurden auch hier bürokratische Strukturen und lange Prozesse benannt, die insbesondere Jugendliche von längerfristigem Engagement abhalten können.

REICHWEITE UND RÄUME DER PARTIZIPATION

Die Kommune verfügt über gut sichtbare Anknüpfungspunkte für Beteiligung. Praxisnahe Formate wie „Stadtverwaltung stellt sich vor“ sowie Veranstaltungen mit Türöffnern aus dem Feld schaffen zusätzliche Kontaktmöglichkeiten. Adressat:innen der eigenen Arbeit sind laut quantitativer Befragung bei rund zwei Drittel der Befragten Jugendliche (n=27) und/oder Erwachsene (n=25). In Abbildung 10 sind die Angaben der 41 Personen dargestellt, die diese Frage beantworteten.

WELCHE ZIELGRUPPEN/ADRESSAT:INNEN FOKUSIERT IHRE ARBEIT ÜBERWIEGEND?

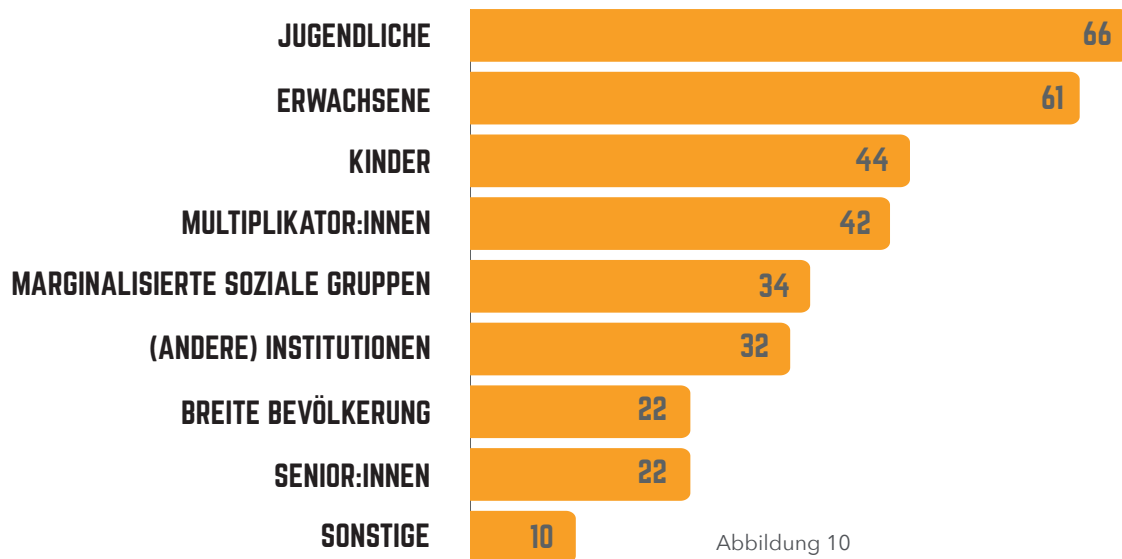


Abbildung 10
Zielgruppen der Demokratiearbeit in Mönchengladbach
(Mehrfachangabenmöglich; Angaben in gültigen Prozentsen, n=41)

Mit Blick auf Erreichbarkeit bestätigten die Teilnehmenden des Workshops zudem das bereits skizzierte Stadtteilgefälle: Randbezirke würden durch städtische Angebote teils schwer erreicht, u. a. aufgrund nicht flächendeckender Infrastruktur (z. B. Mobilitätsbarrieren am Nachmittag/Abend). Zugleich wurde hervorgehoben, dass gerade in schwer erreichbaren Stadtteilen mit allen Schulformen eine gezielte Ansprache von Schulen ein Weg sein könne, neue Jugendliche einzubinden. Als gemeinsame Ziele wurden u. a. ein stärkerer Zuschnitt von Angeboten auf Milieus/Gruppen sowie „echte“ Partizipation zur Verbesserung der Erreichbarkeit genannt; als Wege dorthin u. a. Zielgruppenbeteiligung bei der Angebotsentwicklung, niedrigschwellige Formate, Begegnungsräume und sozialraumorientierte

Arbeit. Partizipation wurde hier weniger als Fokus auf „mehr Formate“ verstanden, sondern als Frage von Verbindlichkeit, Prozessdesign und erreichbarkeitsrelevanter Infrastruktur (insb. Randbezirke/Jugendliche).

Eine breite Beteiligung war nahezu allen Befragten der quantitativen Erhebung ein zentrales Anliegen in ihrem Engagement (Abbildung 11): 88 % (n=35) der Befragten dieser Aussage „eher“ bis „voll und ganz“ zustimmten. Allerdings gaben nur 44 % der Befragten an, ihre Zielgruppe „eher“ oder „voll und ganz“ zu erreichen (n=17). Die Hälfte (n=20) der Befragten stimmte der Aussage „eher“ oder „voll und ganz“ zu, dass sie überwiegend auf Angebote setzen, die auf bestimmte Gruppen und Milieus zugeschnitten sind.

INWIEFERN STIMMEN SIE DEN AUSSAGEN ZU?

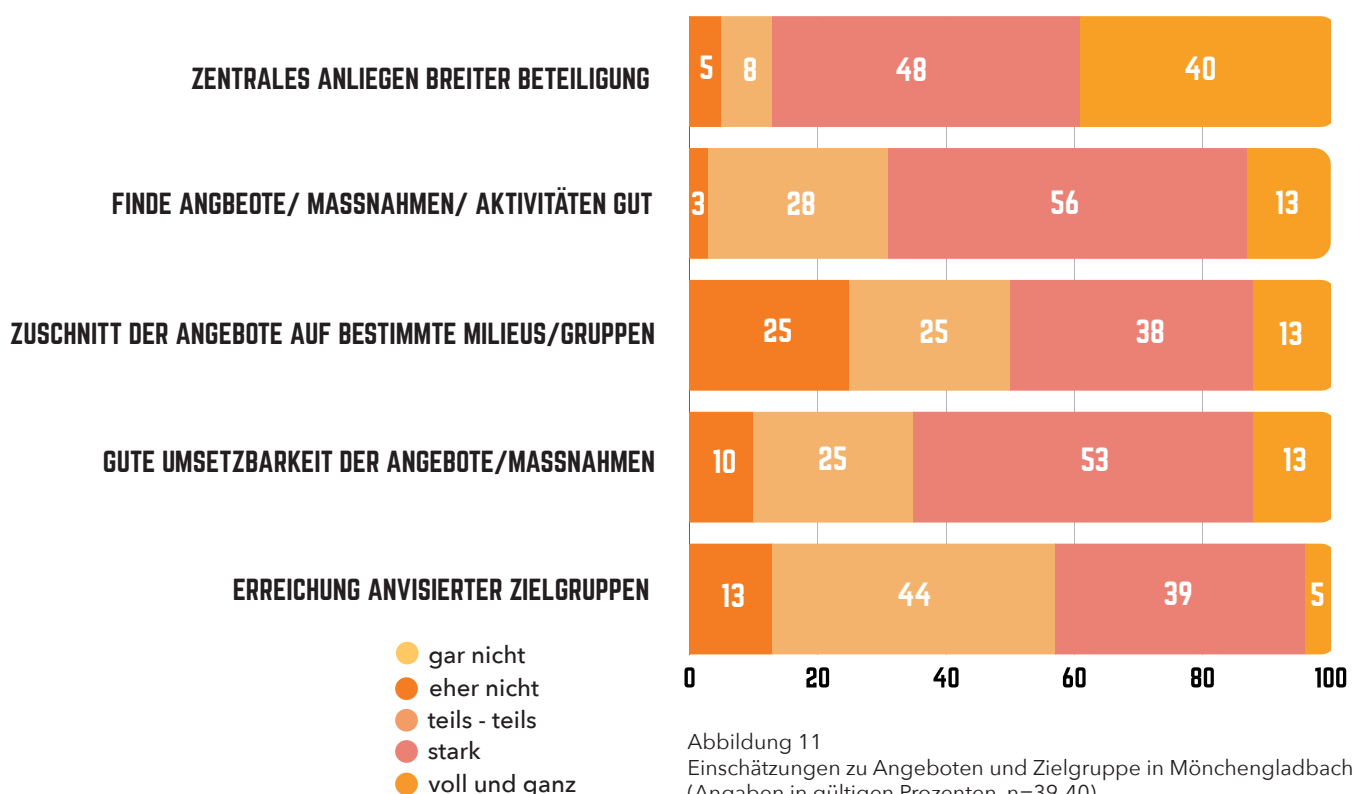


Abbildung 11
Einschätzungen zu Angeboten und Zielgruppe in Mönchengladbach
(Angaben in gültigen Prozentsen, n=39-40)



ZIELGRUPPEN, ZUGÄNGE UND FORMATE

Die Zugänge sind breit, wenn sie lebensnah gestaltet werden. Die Aktivierung zu „echter“ Mitgestaltung bleibt dennoch zentral, wenn auch pandemiebedingte Erschöpfung zu begrenzt verfügbarer Engagementbereitschaft führt, und ohne sichtbare, zeitnahe Ergebnisse Bindung und Wiederbeteiligung sinken.

Erwachsene Zielgruppen beteiligen sich beim Demokratieengagement, wenn ein eigenständiges Interesse vorhanden ist und die Sinnhaftigkeit der Tätigkeit unmittelbar erlebbar ist. Für Kinder- und Jugendliche ist der „Zwangskontext“ Schule Türöffner für die Zusammenarbeit, Kooperation mit der Schulsozialarbeit erleichtert den Erstkontakt. Zivilgesellschaftliche, spezifisch zugeschnittene Angebote sichern Safe Spaces für BIPOC und queere Communities und stärken so die Beteiligungsfähigkeit.

In der quantitativen Befragung gaben die Demokratieengagierten einen Überblick, welche Gruppen sie über ihre fokussierten Zielgruppen hinaus erreichen (Abbildung 12). Es wurden besonders (weitere) jüngere Personen erreicht (56 %; n=23). Spannend ist, dass fast die Hälfte (46 %; n=19) nach eigenen Angaben auch ältere Personen erreicht, welche aber nur von einem Fünftel (22 %; n=9) als Hauptzielgruppe betrachtet werden (s. o. Abbildung 10).

ERREICHEN SIE DARÜBER HINAUS FOLGENDE PERSONENGRUPPEN?

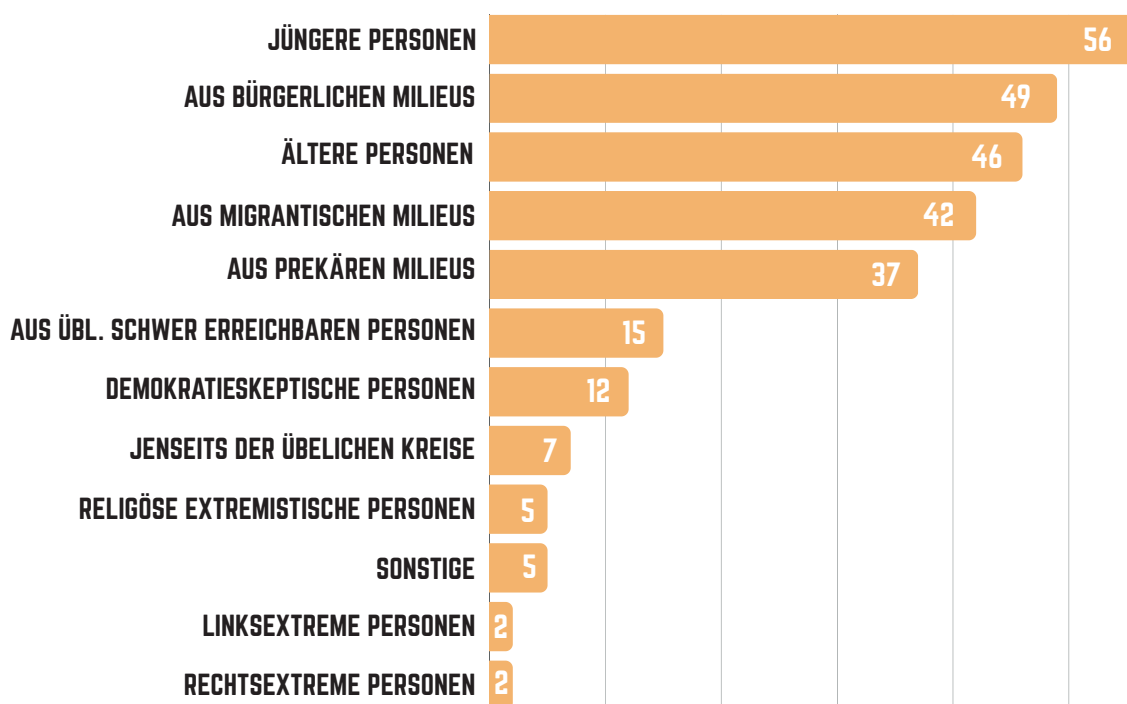


Abbildung 12
Erreichte Personengruppen neben avisierten Zielgruppen
(Mehrfachangaben möglich; Angaben in gültigen Prozentsen, n=41)

Wirksam erweisen sich Formate theater- und kulturpädagogischer Ansätze sowie lebensweltnahe Angebote, die den Teilnehmenden Verantwortung zutrauen und sie frühzeitig einbeziehen. Langfristig angelegte Zusammenarbeit, etwa über mehrjährige Reihen, fördert echte aktive Teilhabe. Ressourcenschonende Planung steigert die Teilnahmewahrscheinlichkeit, etwa durch wenige längere statt vieler kurzer Termine. 49 % der Befragten in der quantitativen Erhebung (n=18) schätzten ein, dass ihre Arbeit effektiv im Sinne des Einsatzes und Ertrages hinsichtlich der Ziele sei. 46 % (n=17) schätzten die Effektivität nur teilweise ein.

Ein Großteil der Befragten der quantitativen Erhebung gab an, kreativ zu arbeiten, Beteiligungsformate einzusetzen und die Perspektive marginalisierter Gruppen einzubeziehen (Abbildung 13).

WIE WÜRDEN SIE MIT BLICK AUF IHRE INSTITUTION/ ORGANISATION/GRUPPE O.Ä. IHRE ARBEIT/IHR ENGA- GEMENT FÜR DEMOKRATIE BESCHREIBEN?

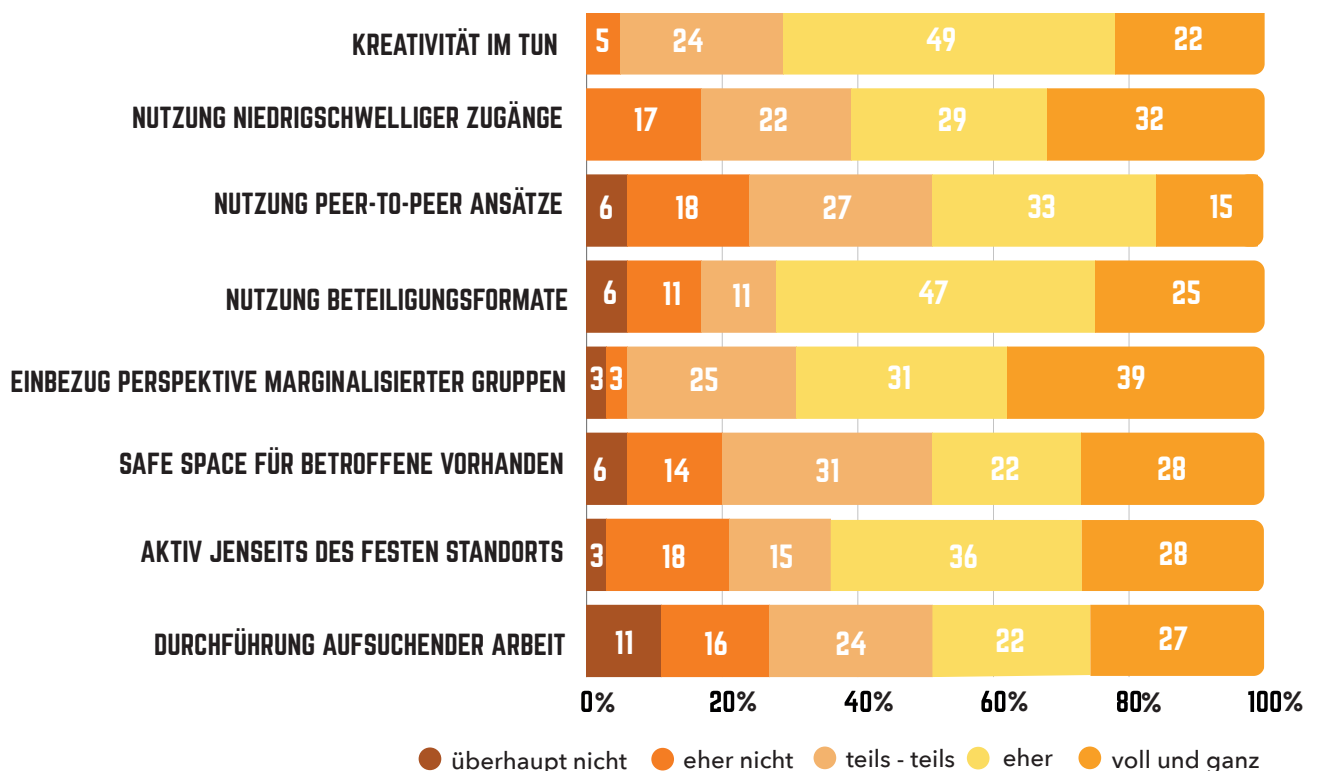


Abbildung 13
Einschätzungen zu Formaten und Zugängen zur Zielgruppe
(Angaben in gültigen Prozentsen; n=33-41)

Schwer erreichbare Gruppen bleiben herausfordernd, insbesondere Menschen mit Migrationsbiografien in älteren, zum Teil aber auch in jüngeren Kohorten. Ein gleichbleibend großer Anteil der Bevölkerung ist erfahrungsgemäß kaum erreichbar; Mittlerorganisationen wie Migrant:innenorganisationen, die hier Brücken bauen könnten, sind selbst nicht immer leicht anzubinden. Die Hälfte der Engagierten 50 % (n=18) bietet nach eigenen Angaben einen Safe Space für Betroffene an (n=18).

Lediglich ein Drittel der online Befragten gibt an, sich in ihrer Tätigkeit zumindest teilweise auf das Handlungskonzept Rechtsextremismus des Landes NRW zu beziehen, zwei Drittel taten dies nach eigenen Angaben eher nicht oder überhaupt nicht (n=28). Mit 44 % sagt fast die Hälfte, sie wüssten gar nicht, ob die Kommune Mönchengladbach ein Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus hat. Viele Engagierte sehen selbst Handlungsbedarf darin, sich im Engagement stärker auf Handlungskonzepte zu beziehen, wie beim Thema Schutz vor Bedrohungen deutlich wird. Dies gibt einen konkreten Handlungsimpuls.

ARBEITSMODI, ZEITMANAGEMENT UND TRAGERKONSTELLATIONEN

Die vorhandenen Arbeitsmodi bieten Anknüpfung für qualitätsvolle Kooperation. Sozialraumkonferenzen schaffen professionelle Austauschflächen; wo Haupt- und Ehrenamt zeitlich zueinander passen, entstehen belastbare Netzwerke. Häufig sind zeitliche Verfügbarkeiten jedoch nicht kompatibel: Vormittagstermine schließen Ehrenamtliche aus, und die hohe Belastung im Ehrenamt lässt wenig Raum für „Meta- Ehrenamt“ wie querschnittliche Vernetzung. Der Spagat zwischen Haupt- und Ehrenamt erschwert so Reichweite und Kontinuität.

HANDLUNGsimpulse FÜR DEN BEREICH PARTIZIPATION

// Community-Multiplikator:innen gewinnen:

Vertrauenspersonen wie Sozialarbeiter:innen mit Migrationsgeschichte aktiv rekrutieren und qualifizieren.

// Co-Design mit Zielgruppen:

Formate von Beginn an gemeinsam entwickeln, Bedürfnisse prüfen und Feedback integrieren.

// Safe Spaces stabil fördern:

Schutzräume langfristig finanzieren und über Mittlerorganisationen in weitere Angebote verknüpfen.

// Türöffner-Veranstaltungen nutzen:

Angebote in vertrauten Vereinsräumen kombinieren, um Teilnehmergehürden sichtbar zu senken.

// Erfolge früh sichtbar machen:

Quick Wins dokumentieren und kommunizieren, um Folgeaktivitäten zu befördern.

// Teilhabefreundliche Zeiten planen:

Sitzungen so terminieren, dass Haupt- und Ehrenamt verlässlich teilnehmen können.

// Langfristige Reihen verankern:

Mehrteilige Programme und kontinuierliche Begleitung als belastbaren Standard etablieren.

// (vorhandene) Handlungskonzepte:

Zur Kenntnis bringen, als Orientierungshilfe nutzen, erarbeiten bzw. an kommunale Lagen und Bedarfe anpassen



VERNETZUNG

BESTEHENDE STRUKTUREN UND AKTEUR:INNENLANDSCHAFT

In Mönchengladbach zeigt sich eine insgesamt sehr lebendige und vielfältige Vernetzung zwischen zivilgesellschaftlichen Akteur:innen, Verwaltung und Bildungseinrichtungen. Dazu zählen vielfältige Initiativen, Vereine und Bündnisse aus den Bereichen Kunst, Kultur und queere Communities. Daneben – und weniger mit den anderen Initiativen aus dem Bündnis vernetzt – Brauchtum, wie aktive Karnevals- und Schützenvereine. Insbesondere das lokale Bündnis der PfD ist ein zentraler Knotenpunkt, in dem Verwaltung, Jugendverbände, Migrant:innenorganisationen und queere Initiativen zusammenarbeiten. Zu benennen ist auch das Bündnis Mönchengladbach stellt sich quer, das als Zusammenschluss unterschiedlichster Organisationen fungiert und Erfahrung in der Organisation von Demonstrationen mitbringt.

Neben diesen formalen Zusammenschlüssen bestehen viele informelle Verbindungen und Kooperationsbeziehungen. So arbeiten etwa Jugendamt und Kommunales Integrationszentrum (KI) eng zusammen und realisieren gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Initiativen Veranstaltungen wie das Kinderfest oder den Familiensonntag. Ergänzt werden diese Strukturen durch die Arbeitskreise der Stadtverwaltung, etwa zur Offenen Kinder- und Jugendarbeit oder zum Thema Rechtsextremismus. Auch auf Landes- und Bundesebene ist Mönchengladbach über die PfD und Programme wie Wegweiser gut eingebunden; regelmäßige Fachaustausche und die Landesdemokratiekonferenz sichern den überregionalen Informationsfluss. Abbildung 14 zeigt die Einschätzungen der online Befragten zu den bestehenden Vernetzungen.

VERNETZUNG

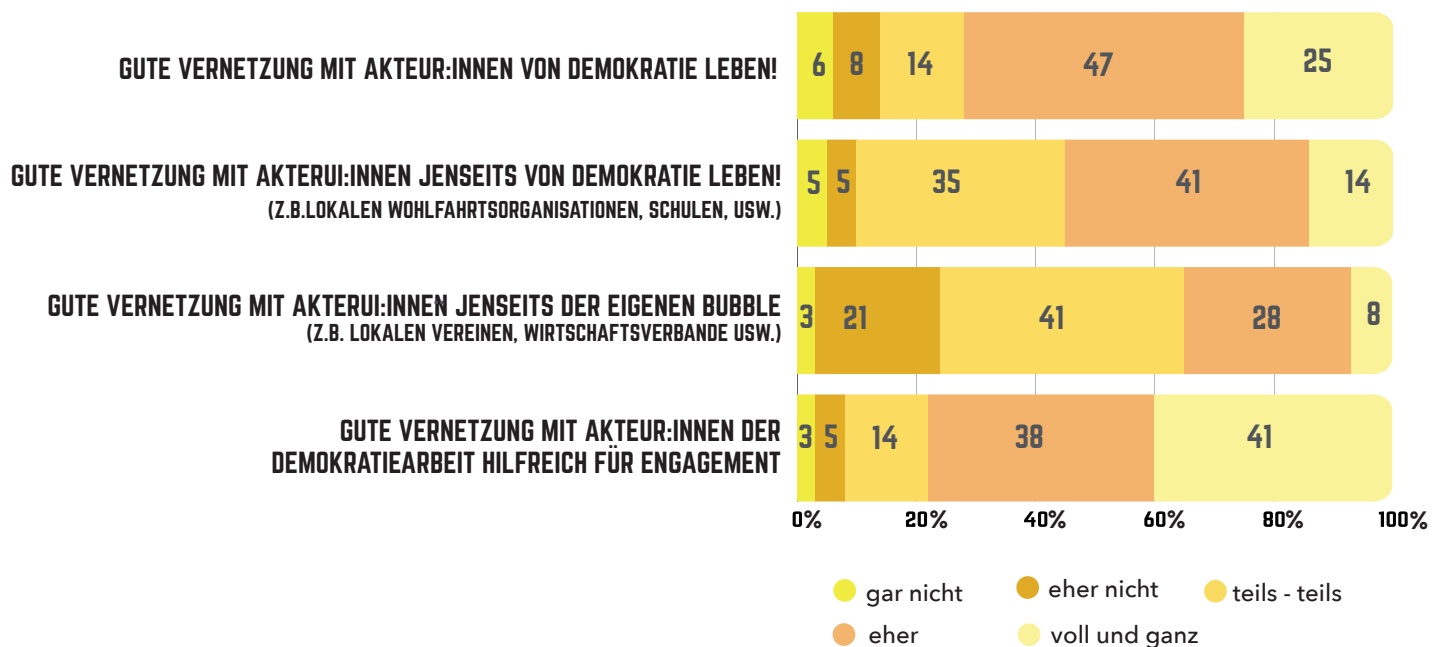


Abbildung 14
Einschätzungen zu Vernetzung in Mönchengladbach
(Angaben in gültigen Prozentsätzen, n=36-39)

Die Ergebnisse stützen die zentrale Rolle der PfD in Mönchengladbach, indem 37 % der Befragten angaben, mit Akteur:innen von Demokratie leben! gut vernetzt zu sein (n=26). Dahingegen scheint die Vernetzung mit Akteur:innen außerhalb der eigenen Community ausbaufähig zu sein. Über drei Viertel der Befragten gaben an, Vernetzung als hilfreich für ihr Engagement wahrzunehmen (n=29). Dies könnte eine Erklärung für die lebendige und vielfältige Vernetzung in Mönchengladbach sein.

KOOPERATION ZWISCHEN VERWALTUNG UND ZIVILGESELLSCHAFT

Die Zusammenarbeit zwischen kommunalen Fachbereichen, zivilgesellschaftlichen Trägern und ehrenamtlichen Initiativen wurde grundsätzlich als konstruktiv und vertrauensvoll eingeschätzt. Die Verwaltung wurde dabei als unterstützend erlebt: Sie baue Brücken, schaffe Austauschformate wie Netzwerktreffen der Vereine oder das Format „Stadtverwaltung stellt sich vor“ und beziehe die Akteur:innen aktiv in Planungsprozesse ein.

Gleichzeitig bestehen Hinweise darauf, dass Kooperation häufig personenabhängig sei: Wissen, Kontakte und Entscheidungswege lägen oft bei einzelnen Schlüsselpersonen, was eine nachhaltige Wissensweitergabe erschweren würde. Die Interviewpartner:innen beschrieben, dass Vernetzung „zwar gut funktioniert, aber weiterhin sehr abhängig von den Personen ist, die viel wissen“.

Die Teilnehmenden des Workshops sprachen sich deutlich für eine Vernetzung aus, die sich am Zweck orientiert und nicht „um der Vernetzung willen“ betrieben wird. Netzwerke

sollten aus Sicht der Teilnehmenden konkrete Problemlösungsstrategien hervorbringen und sich ggf. nach Zielerreichung wieder auflösen.

Gleichzeitig wurde auf erhebliche Ressourcenbindungen verwiesen, insbesondere bei freien Trägern, deren Koordinations- und Teilnahmeaufwände häufig nicht vergütet werden. Inhaltlich wurde eine Ausweitung bzw. qualitative Weiterentwicklung von Bündnissen und Kooperationen diskutiert: genannt wurden u. a. stärkere Zusammenarbeit mit Schulen/Kitas und Sportvereinen sowie eine bessere Vernetzung auch mit Akteur:innen, die sich mit „feindlichen“ bzw. bedrohungsbezogenen Lagen befassen (z. B. Sicherheitsakteur:innen). In der Flipchart-Auswertung wurden zudem ein stärkerer Bezug zu Bezirken/Quartieren, ein Überblick über bestehende Netzwerke inkl. Verantwortlichkeiten sowie das Gewinnen neuer Partner:innen außerhalb der eigenen „Bubble“ (intergenerational/multidisziplinär) als zentrale Entwicklungsbedarfe markiert.

THEMATISCHE UND SEKTORALE VERNETZUNGEN

Die Vernetzung in Mönchengladbach im Kontext der Demokratieförderung zeigt sich besonders stark in den Bereichen Integration, Jugend, politische Bildung und Kultur. Das Kommunale Integrationszentrum, die Volkshochschule, die Hochschule, Wohlfahrtsverbände und verschiedene Religionsgemeinschaften bilden ein dichtes Netz gegenseitiger Unterstützung. Die regelmäßigen Treffen der AG Vielfalt gestalten und leben oder die Netzwerktreffen der Vereine sind Beispiele für kontinuierlichen Austausch.

Besonders positiv hervorgehoben wurde ein intergenerationelles Projekt, das Jugendliche und Senior:innen zusammenbrachte und Barrieren zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen abbaute. Auch die enge Kooperation mit Schulsozialarbeit, Kooperationsschulen und Jugendvertretungen wurde als Ressource gesehen, da sie langfristige Entwicklungen ermöglicht und demokratische Bildung im Alltag verankert.

Gleichzeitig zeigt sich, dass nicht alle Milieus und sozialen Gruppen miteinander vernetzt sind. Während etwa queere Initiativen, migrantische Vereine und kirchliche Jugendorganisationen sich unter dem Dach der PfD wiederfinden, gibt es kaum Kooperationsbezüge zu traditionellen Vereinigungen wie Schützenvereinen oder Sportverbänden. Besonders der Sportbereich gilt als noch wenig in Demokratiearbeit integriert – hier liege, so die Einschätzung, ein großes ungenutztes Potenzial, gepaart mit Verständnis, dass die dort ohnehin ehrenamtlich Tätigen, sich nur bedingt für die Bearbeitung weiterer Themen öffnen können oder wollen.

HERAUSFORDERUNGEN UND ENGPÄSSE

Die größte strukturelle Schwäche betrifft die Ressourcenlage. Vernetzung ist zeit- und personalintensiv; insbesondere Ehrenamtliche können sich nicht zusätzlich zu ihren Aufgaben regelmäßig in Netzwerktreffen einbringen. Auch auf hauptamtlicher Ebene fehlen Zeit und Kapazitäten, um Koordination und Austausch systematisch zu betreiben. Zwar finden jährlich mehrere Bündnissitzungen statt, doch der Rhythmus lässt sich kaum erhöhen.

Erschwerend kommen bürokratische Hürden hinzu: Trotz angepasster Förderverfahren bleibt der Verwaltungsaufwand hoch. Zudem erschwert die Zersplitterung von Zuständigkeiten innerhalb der Verwaltung – etwa bei Demokratie- und Bildungsfragen – eine kohärente Steuerung. Mehrfach wurden auf Parallelstrukturen hingewiesen, bei denen mehrere Fachbereiche ähnliche Themen bearbeiten, ohne systematisch miteinander verbunden zu sein.

Personelle Faktoren verstärken diese Problemlage: Viele erfahrene Akteur:innen stehen kurz vor dem Ruhestand, während jüngere Mitarbeitende noch nicht ausreichend eingearbeitet sind. Auch der Nachwuchsmangel im Ehrenamt – etwa in Jugendverbänden oder Vereinen – gefährdet langfristig die Tragfähigkeit bestehender Netzwerke.

BEDARFE UND ENTWICKLUNGSANSÄTZE

Als wiederkehrendes Anliegen wurde von den Befragten die Einrichtung einer zentralen Koordinierungsstelle für Demokratie-engagierte genannt, also eine Bündelung über die PfD hinaus, die langfristig möglicherweise auch unabhängig vom Bundesprogramm gesichert ist. Eine solche Stelle könnte den Austausch zwischen Vereinen, Verwaltung und Initiativen bündeln, Informationsflüsse sichern und Ansprechpartner:innen für neue Projekte bieten. Ergänzend wurde ein zentrales Fördermanagement vorgeschlagen, das die Vielzahl bestehender Fördertöpfe sichtbarer macht und Zugänge erleichtert.

Zudem wurde der Wunsch geäußert, formalisierte Kommunikationsstrukturen zu schaffen – etwa schriftlich hinterlegte Kontaktpersonen in der Stadtverwaltung oder feste Austauschformate für unterschiedliche Zielgruppen. Auch niedrigschwellige Vernetzungsangebote, die sich zeitlich besser mit ehrenamtlichem Engagement vereinbaren lassen, wurden als Bedarf benannt.

POTENZIALE UND POSITIVE IMPULSE

Trotz der Herausforderungen wurde Mönchengladbach insgesamt als sehr gut aufgestellt beschrieben. Die Vielzahl engagierter Akteur:innen, die Offenheit der Verwaltung und die gewachsene Kultur des Miteinanders bilden eine solide Grundlage. Gerade in Krisenzeiten – etwa während der Corona-Pandemie oder nach Beginn des Ukraine-Kriegs – haben sich neue Initiativen gebildet, die auf eindrucksvolle Weise Solidarität und Handlungsfähigkeit bewiesen haben.

Besonders hervorgehoben wurde das friedliche Zusammenwirken der Religionsgemeinschaften in Mönchengladbach, das selbst angesichts internationaler Konflikte Bestand hat und beispielsweise in der interreligiösen Praxis der Friedensgebete der jüdischen und muslimischen Gemeinden Ausdruck findet. Auch innovative Formate wie Youth Beyond, digitale Bildungsprojekte oder interkulturelle Aktionen zeigen, dass Kreativität und Kooperation zentrale Stärken der Kommune sind. Die kontinuierliche Verbesserung der PfDStrukturen trägt dazu bei, dass Vernetzung, Austausch und Bekanntheitsgrad der Demokratiearbeit stetig zunehmen.

HANDLUNGSPULSE FÜR DEN BEREICH VERNETZUNG



Vernetzungsformate ehrenamtsgerechter gestalten:

weniger Zusatzbelastung, passende Zeiten und Formate, Mehrwert für Ehrenamtliche klarer machen, nicht noch ein weiterer Arbeitskreis mit denselben Personen

Zentrale Anlaufstelle / Koordinierungsstelle schaffen:

schriftlich hinterlegte Ansprechpartner:innen, klare Zuständigkeiten, im Bedarfsfall Akteur:innen fachbereichs- und netzwerkübergreifend an einen Tisch bringen

Nachwuchs- und Übergabestrukturen sichern:

Wissen, Kontakte und Zuständigkeiten systematischer weitergeben, um Abhängigkeit von langfristig eingearbeiteten Schlüsselpersonen zu verringern

Fördermanagement und Wissensbestände bündeln:

zentrale Übersicht zu Fördertöpfen, Verfahren, Referent:innen und bewährten Formaten, um Personenabhängigkeit und bürokratische Hürden abzufedern

Brücken zwischen bislang getrennten Milieus stärken:

gezielte Vernetzungsanlässe zwischen z. B. queeren Initiativen, migrantischen Vereinen, traditionellen Vereinen, Sport und Brauchtum

Bestehende funktionierende Netzwerke gezielt als Knotenpunkte nutzen:

PfD, KI, KuF, Bündnisse, Schulsozialarbeit oder religiöse Netzwerke stärker als Multiplikatoren und Schnittstellen einsetzen

Beteiligung stärker von den Zielgruppen her aufbauen:

nicht nur formale Beteiligung, sondern frühzeitige Einbindung derjenigen, für die Angebote und Projekte geplant werden

Schutz- und Austauschräume für Engagierte mitdenken:

gerade vor dem Hintergrund präsenter Schutzkonzepte und belastender Konfliktlagen auch Räume für Selbstschutz und kollegialen Austausch schaffen

BEDROHUNG

ERSCHEINUNGSBILD DER BEDROHUNG IM ANALOGEN UND DIGITALEN RAUM

Bedrohung wird im Stadtbild und in zielgruppenbezogenen Räumen auf diverse Art und Weise erkennbar. Sichtbar sind zerstörte Wahlplakate sowie zunehmende Präsenz rechter Jugendorganisationen. Online verstärken soziale Medien Reichweite und Geschwindigkeit einschlägiger Inhalte; Anonymität senkt die Hemmschwelle für Beleidigungen und Drohungen bis hin zu Beschimpfungen über offene Kontaktformulare.

Gleichzeitig häufen sich punktuell körperliche Konfrontationen, etwa bei Demonstrationen oder Veranstaltungen wie dem CSD. Es wird von gezielten Gegenmobilisierungen zu Vielfalt und Demokratieformaten berichtet sowie von gewalttätigen Angriffen, unter anderem gegen Einrichtungen der Lebenshilfe; rechtsextreme Parolen ermöglichten dort eine klare Zuordnung. Auch im schulischen Kontext mehren sich Schmierereien; Chatgruppen enthalten antisemitische und rechtspopulistische Inhalte.

In der quantitativen Befragung gaben 35 % (n=14) an, in den letzten 12 Monaten von gewaltbezogener Bedrohung z. B. Störungen von Veranstaltungen, Hasskommentaren, verbalen Beleidigungen, Bedrohungen, Anwendungen körperlicher Gewalt oder Sachbeschädigungen betroffen gewesen zu sein. 23 % (n=9) gaben an von politischen Interventionen z. B. Infragestellung der Gemeinnützigkeit, Forderung nach politischer Neutralität, Androhung rechtlicher Mittel, Erwähnung in rechtsextremen Veröffentlichungen oder politischer Einflussnahme aus Behörden betroffen gewesen zu sein. Als konkrete Erfahrungen wurden genannt: die Androhung der Kürzung finanzieller Mittel, Anfeindungen über Social Media, Kommentare über Kontaktformulare, Nennungen in extremistischen Social-Media-Kanälen, verbale Beleidigungen und Bedrohungen, Störungen und Anfeindungen bei Veranstaltungen, körperliche Gewalt sowie Diebstahl bei Veranstaltungen. 38 % (n=15) der Befragten gaben an gar nicht von gewaltbezogener Bedrohung oder politischer Intervention betroffen gewesen zu sein.

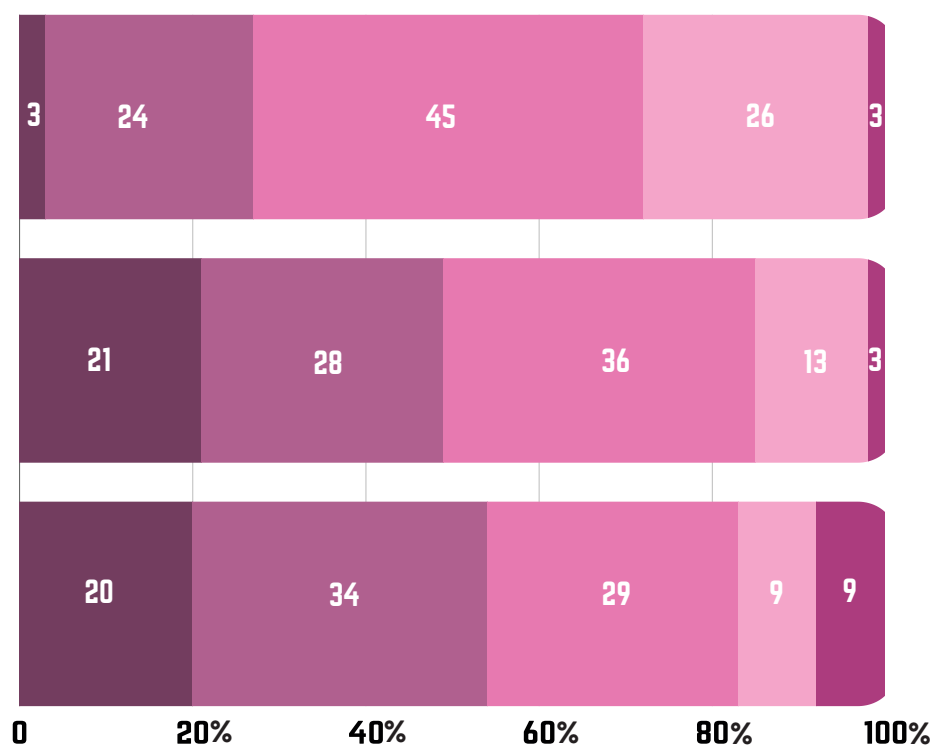
Trotz allem gaben fast die Hälfte aller Befragten an sich persönlich überhaupt nicht oder wenig durch demokratiefeindliche Vorkommnisse und Entwicklungen in ihrer Demokratiearbeit bedroht zu fühlen (n=19), allerdings gaben 16 % an sich persönlich stark oder sehr stark (n=6) bedroht zu fühlen (siehe Abbildung 15).

INWIEWEIT...

SEHEN SIE DIE GEGENWÄRTIGE ZIVILGESELLSCHAFTLICHE DEMOKRATIEARBEIT IN IHRER KOMMUNE DURCH DEMOKRATISCHE VORKOMMISSE, ENTWICKLUNGEN, GRUPPIERUNGEN ETC. BEDROHT?

FÜHLEN SIE SICH PERSÖNLICH IN IHRER DEMOKRATIEARBEIT DURCH DEMOKRATIEFEINDLICHE VORKOMMISSE, ENTWICKLUNG ETC. BEDROHT?

SEHEN SIE IHRE ARBEIT DURCH DAS THEMA "POLITISCHES NEUTRALITÄTSGEBOT" IN FRAGE GESTELLT?



überhaupt nicht
weniger
mittelmäßig
stark
sehr stark

Abbildung 15
Bedrohungsempfinden in Mönchengladbach durch demokratiefeindliche Entwicklungen (Angaben in gültigen Prozentsen, n=35,39,38)

SCHUTZ- UND SICHERHEITSARCHITEKTUR

Vorhanden sind Einzelemente der Absicherung: Schutzüberlegungen werden für Veranstaltungen sorgfältig vorgenommen, etwa eine zurückhaltende Bewerbung sensibler Formate oder die Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden; bei Bedarf ist polizeiliche Präsenz verfügbar. Einige Träger verfügen über interne Leitplanken, beispielsweise ein abgestimmtes Positionspapier, warum nicht mit rechtsextremistischen Akteur:innen kooperiert wird. Befragte berichteten aktuell nicht von eigener körperlicher Gefährdung. Dennoch diagnostizierten sie eine strukturelle Lücke: Ein kommunales, ressortübergreifendes Schutzkonzept fehle; Zuständigkeiten seien unklar, eine zentrale Anlauf- und Beratungsstelle für Schutzkonzepte und Personenschutz existiere nicht. Zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure fühlten sich mit der Verantwortung oft allein gelassen. Die Entwicklung eines Schutzkonzepts liege zwar formal bei den Partner-

schaften für Demokratie, sei dort aber aus Ressourcen- gründen nicht leistbar. Die Bedrohungslage bleibe teils diffus und schwer einzuschätzen; Prävention und Gefahrenabwehr beruhten häufig auf individuellem Erfahrungswissen.

Diese Einzelverantwortung spiegelt sich ebenso in der quantitativen Befragung. Während sich zwei Drittel in der Gruppe oder im Team über Angriffe und Bedrohungen austauschen, kennt nur rund die Hälfte Schutzkonzepte und noch etwas weniger verfügt in der Gruppe über konkrete Konzepte. Somit ist rund ein Drittel eher oder voll und ganz auf sich allein gestellt auch ohne Vorbereitung aus der eigenen Organisation heraus. In Abbildung 16 sind die Einschätzung der Teilnehmenden der Befragung abgebildet. Insgesamt antworteten 30 bzw. 31 Personen auf diese Fragen.

INWIEFERN STIMMEN SIE DEN AUSSAGEN ZU?

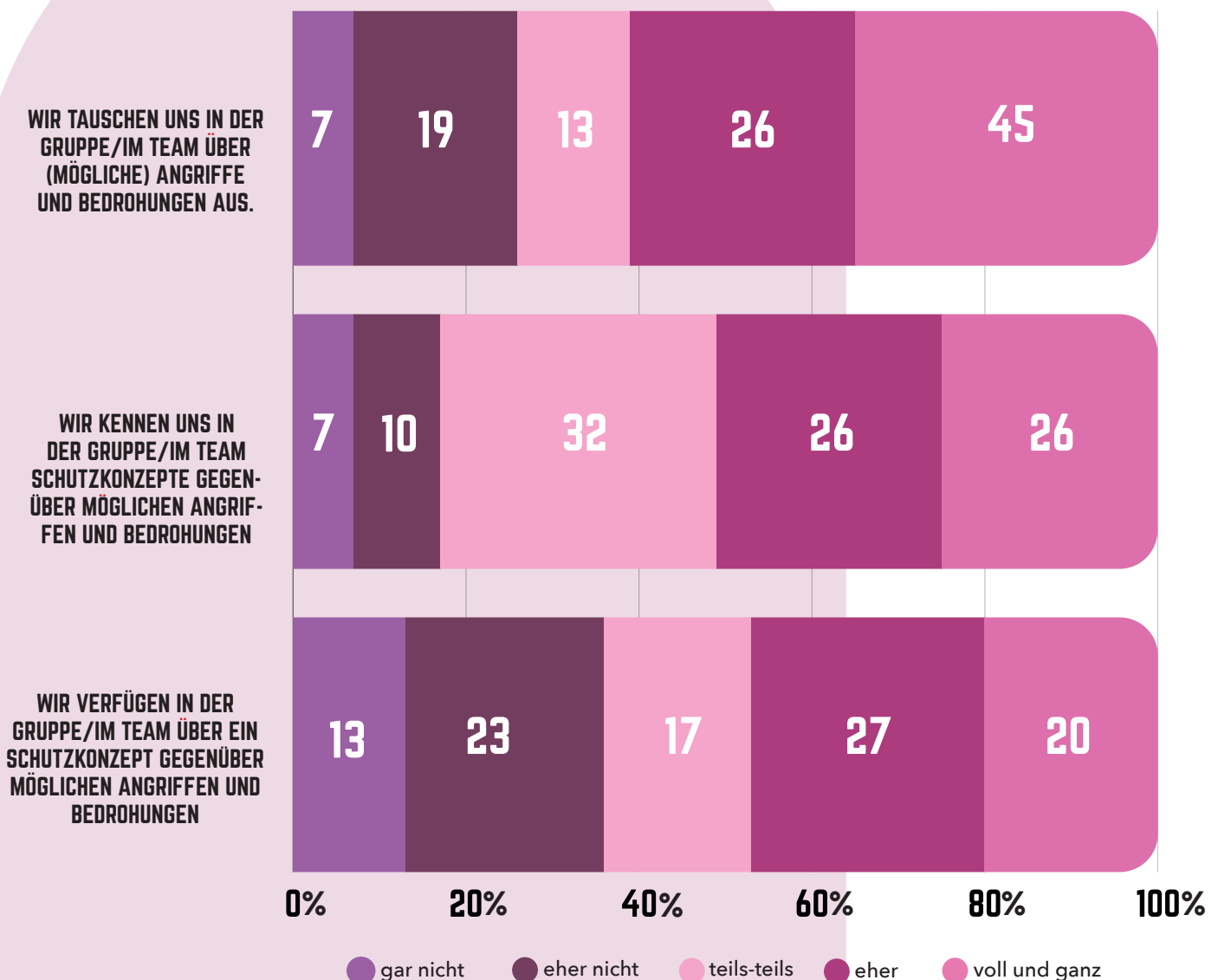


Abbildung 16
Einschätzung zu Schutzkonzepten und Austausch bezüglich Bedrohungen und Angriffen
(Angaben in gültigen Prozents; n=31,31,30)

POLITISCHE RAHMUNG UND VERWALTUNGSPRAXIS

Auf der Arbeitsebene existieren klare Haltungen: Das erwähnte Positionspapier stärke Orientierung und Konsistenz. Gleichzeitig wurden das Neutralitätsgebot und seine verzerrte Auslegung als erhebliche Hürde erlebt. Aus Angst, angreifbar zu sein, entstehe übersteigter vorausseilender Gehorsam, der ein sichtbares Gefälle zwischen zivilgesellschaftlichem Engagement und Verwaltungshandeln erzeugt: Die Zivilgesellschaft fühlt sich in ihrem Aktivismus nicht ausreichend gestützt. In Gremien wurden Prozesse gezielt taktisch verlangsamt, zahlreiche kleine Anfragen gestellt und Gemeinnützigkeit bei Demokratie- und Vielfalt befördernden Organisationen in Frage gestellt. Die politische Großwetterlage wurde als Risiko für eine schleichende Normalisierung wahrgenommen; die Fixierung auf eine „Schicksals-Wahl 2029“ greift nach Auffassung einzelner zu kurz, weil vorhergehende Landtagswahlen bereits Wegmarken setzen können. Demgegenüber beantworteten in der quantitativen Befragung über der Hälfte der Personen die Frage, inwiefern sie ihre Arbeit durch das Thema „politisches Neutralitätsgebot“ in Frage gestellt sehen, mit „überhaupt nicht“ bis „wenig“ (54 %, n=19). Jeweils 9 % haben dies als stark oder sehr stark empfunden (n=3).

DISKRIMINIERUNGSLAGEN UND MELDEWEGE

Es bestehen Meldewege, die Diskriminierung sichtbar machen, besonders in Schule und Behörden. Die Kommune wird von den Befragten im Bundes- oder Ländervergleich nicht als Brennpunkt wahrgenommen.

Gleichzeitig zeigt sich Diskriminierung als multidimensionale Gemengelage und ist selten trennscharf in Täter-/Opferrollen einzuteilen. Beispielhaft wurde beschrieben, dass muslimisch geprägte Jugendliche einerseits Ziel fremdenfeindlicher Diskriminierung seien, andererseits selbst queer- oder frauenfeindliche Haltungen äußerten. Neben rechtsextremen Akteur:innen bleibe Salafismus in der Stadt weiterhin existent, wenn auch weniger offen als in früheren Jahren.

WAHRNEHMUNG, BELASTUNG UND RESSOURCENBINDUNG

Akteurinnen und Akteure schilderten eine spürbare Verunsicherung: Die Angst vor Übergriffen ist groß, auch dort, wo es noch keine Vorfälle gab. Gleichzeitig wurde berichtet, dass Mitarbeitende sich aktuell nicht um die eigene körperliche Unversehrtheit sorgen, verbale Auseinandersetzungen aber zum Tagesgeschäft gehören. Umsetzung von Schutzmaßnahmen bindet erhebliche externe Kapazitäten und erzeuge Abhängigkeit von Sicherheitsbehörden.

Im Workshop formulierten die Teilnehmenden einen deutlichen Bedarf an vorausschauenden Schutz- und Handlungskonzepten, um auf Bedrohungslagen nicht jeweils ad hoc reagieren zu müssen. Gewünscht wurden gebündelte Zuständigkeiten (statt paralleler Bearbeitung in einzelnen Fachbereichen) sowie Schulungen für Mitarbeitende zum Umgang mit konkreten Bedrohungssituationen. Gleichzeitig wurde ein stärkerer Schulterschluss demokratischer Akteur:innen eingefordert, u. a. als Signal der Solidarisierung bei Angriffen auf zivilgesellschaftliche Organisationen (z. B. Gemeinnützigkeit).

Als spezifisches Hemmnis wurde das Neutralitätsgebot benannt: Städtische Teilnehmende beschrieben dies als stark einschränkend vor Wahlen; ergänzend wurde aus dem Workshop heraus darauf hingewiesen, dass Unsicherheit über Reichweite und Auslegung des Neutralitätsgebots auch in Schulen dazu führen könne, menschenverachtenden Äußerungen nicht entgegenzutreten. Kritisch angemerkt wurde zudem, dass interne Vorgaben der Verwaltungsspitze vor Wahlen als „zu streng“ erlebt würden; entsprechend wurden Schulungen auch für Leitungsebenen und eine Abgrenzung zu „vorausseilendem Gehorsam“ gefordert.

HANDLUNGsimpulse für

Kommunales Schutzkonzept entwickeln:

ressortübergreifend klare Zuständigkeiten, Standards, Checklisten und Nachsorge verbindlich festlegen

Neutralitätsgebot praxisnah auslegen:

Führungskräfte und Teams rechtssicher schulen, um Unsicherheiten und vorauseilenden Gehorsam abzubauen

DEN BEREICH BEDROHUNG

Zentrale Anlaufstelle einrichten:

Schutzfragen, Personenschutz, Rechtsklärung und Abstimmung mit der Polizei an einer Stelle bündeln

Leitfäden und Trainings aufbauen:

Deeskalation, digitale Sicherheit, Umgang mit Online-Hass und Krisenkommunikation systematisch vermitteln

Frühwarnstrukturen etablieren:

Social-Media-Beobachtung, Lagebilder und Indikatoren in Zusammenarbeit mit Schule und Jugendhilfe aufbauen





WISSENSMANAGEMENT

INFORMATIONSFÜSSE UND NETZWERKE

In der Kommune bestehen vielfältige und funktionierende Formen des Informationsaustauschs. Besonders die PfD wurde als stabiles Netzwerk beschrieben, in dem Informationen zuverlässig geteilt und gemeinsam reflektiert werden. Durch langjährige Kooperationen und den engen Austausch zwischen Verwaltung, Vereinen und Bildungseinrichtungen würden viele Akteur:innen über ein gutes Gespür dafür verfügen, was in der Stadt passiert.

Digitale Kommunikationskanäle wie WhatsApp-Gruppen, Instagram oder Newsletter ergänzen den persönlichen Austausch und sorgen für eine hohe Reichweite, insbesondere innerhalb aktiver Netzwerke. Auch Informationsveranstaltungen – etwa zu Fördermöglichkeiten oder politischen Themen – sind gut besucht und tragen zur Wissensverbreitung bei.

Die Teilnehmenden des Workshops gaben zum Themenfeld Informiertheit das Feedback, das Informationsdefizite sowohl informationsartspezifisch als auch quellenabhängig entstehen können. Dieses Problem wurde im Workshop anhand eines konkreten Beispiels illustriert: Informationen zur Kandidat:innenliste des Integrationsrates seien nur im Amtsblatt veröffentlicht gewesen und nicht niedrigschwellig über eine städtische Website auffindbar; selbst für (teilweise städtische) Mitarbeitende sei der Zugriff bzw. die Nachvollziehbarkeit erschwert gewesen.

Inhaltlich beschrieben die Teilnehmenden Informationsstände als erneut deutlich stadtteilabhängig. Positiv hervorgehoben wurde die Reichweite von Informationen zur Kommunalwahl über Kooperationen mit Jugendzentren in den Zentren Rheydt und Gladbach-Mitte. Als wünschenswerte Entwicklungsrichtungen wurden u. a. die stärkere Verlagerung von Wissen und Formaten in Randbezirke (inkl. fester Veranstaltungen), der Aufbau von Multiplikator:innen bzw. „Demokratiebeauftragten“ in Vereinen/Initiativen sowie ein reduzierter Aufwand für Informationszugriff und mehr Transparenz zu Finanzierungsmöglichkeiten genannt.

Zugleich zeigen sich Grenzen dieser Strukturen: Informationen bleiben häufig innerhalb bestehender Netzwerke und erreichen schwerer diejenigen, die bislang weniger eingebunden sind. Zudem fehlt eine übergreifende, landesweite Informationsstruktur – etwa vom Bundesprogramm aus – wodurch jede PfD weitgehend selbstständig Wege der Wissensweitergabe entwickeln muss.

INTERNE WISSENSORGANISATION UND DOKUMENTATION

Innerhalb der Trägerstrukturen existieren zahlreiche gute Ansätze zur internen Wissenssicherung. Klassische Teamsitzungen, Jour-Fixe-Runden und die Erstellung jährlicher Sachberichte fördern eine kontinuierliche Reflexion der Arbeit. Veranstaltungen werden dokumentiert, teilweise mit Fotos, und über strukturierte Ordner- oder Ablagesysteme archiviert. Diese Praxis schafft Transparenz und erleichtert den Wissenstransfer, insbesondere bei Personalwechseln. Auch das Nutzen digitaler Werkzeuge, etwa KI-gestützter Tools zur Informationsaufbereitung, eröffnet neue Potenziale.

Dennoch bleibt Wissensmanagement stark personenabhängig. Spezifische Kenntnisse – etwa zu Fördermitteln oder Verwaltungsverfahren – konzentrieren sich auf einzelne Schlüsselpersonen. Standardisierte Prozesse oder zentrale Wissensdatenbanken fehlen. Dadurch besteht das Risiko, dass Wissen beim Ausscheiden einzelner Personen verloren geht oder doppelte Strukturen entstehen.

IM FELD DER DEMOKRATIEARBEIT GIBT ES AUS MEINER SICHT...

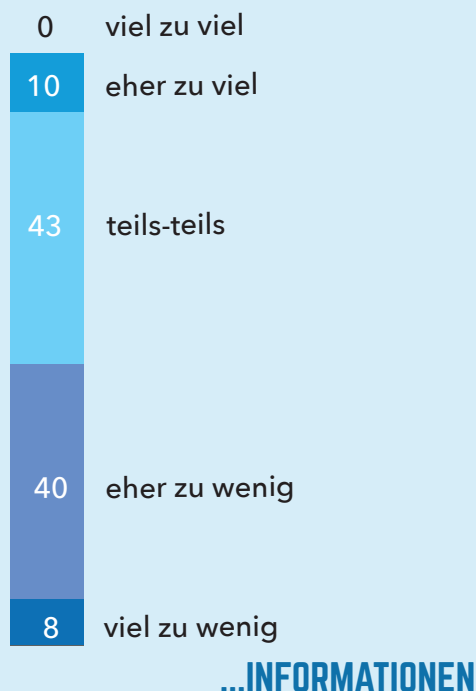


Abbildung 17
Einschätzung über Informationsdichte im Feld der Demokratiearbeit
(Angaben in gültigen Prozents, n=40)

DIE VORHANDENEN INFORMATIONEN SIND AUS MEINER SICHT...

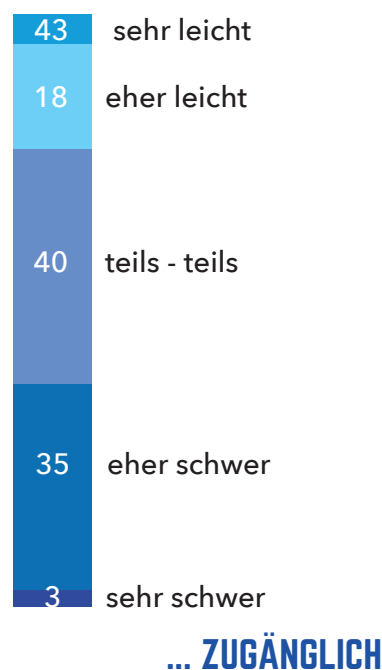


Abbildung 18
Einschätzung zu Zugänglichkeit zu Informationen im Feld der Demokratiearbeit
(Angaben in gültigen Prozents, n=40)

Auch in der quantitativen Befragung wurde um die Einschätzung zur Informationsdichte und zur Zugänglichkeit zu diesen Informationen im Feld der Demokratiearbeit gebeten. In Abbildung 17 und Abbildung 18 wird deutlich, dass die Mehrheit die Informationen als nur teilweise ausreichend oder als zu wenig einschätzte. Auch der Zugang zu den (wenigen) vorhandenen Informationen scheint eher schwierig zu sein. Nur etwa ein Viertel schätzte die Informationsgewinnung als leicht ein.

Zur Verbesserung der Informationsweitergabe wurden zum einen (niedrigschwellige) Netzwerke mit Schwerpunktthemen vorgeschlagen. Die Befragten erhofften sich eine Bündelung der vorhandenen Informationen sowie eine höhere Transparenz über eine zentral Bereitstellung. Es wurden verschiedene Online-Formate zur zentralen Bereitstellung der Informationen vorgeschlagen, eine Online-Informationssammlung bzw. ein Online-Katalog, ein regelmäßig erscheinender Demokratienewsletter über einen Adress-Verteiler sowie eine ansprechende Social Media Aufbereitung. Darüber hinaus wurden Foren für Austausch und Weiterbildung erwünscht, beispielsweise über feste Demokratiefachtage. Verschiedene Formate für transparenten Austausch und Netzwerk wurden vorgeschlagen, z. B. Feste, Veranstaltungen oder sonstige Zusammenkünfte. Auch vielfältige Formate für Demokratieinformationen wurden angeregt, wie Infospaziergänge oder mobile Infopunkte.

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT UND ZUGÄNLICHKEIT VON WISSEN

Die Öffentlichkeitsarbeit ist ein wichtiges Element des kommunalen Wissensmanagements, wurde aber noch als ausbaufähig beschrieben. Über Social Media und Pressearbeit werden zwar bestimmte Zielgruppen gut erreicht, insbesondere diejenigen, die bereits Interesse an demokratiebezogenen Themen zeigen. Breitere oder weniger aktive Bevölkerungsgruppen – etwa Jugendliche ohne politische Vorerfahrung oder Bürger:innen mit geringer Informationskompetenz – werden hingegen oft nicht erreicht.

Auch die städtische Homepage und die digitalen Informationswege wurden kritisch bewertet: Sie gelten als unübersichtlich, schwer navigierbar und wenig nutzer:innenfreundlich. Dies erschwere es engagierten Bürger:innen, sich eigenständig über Fördermöglichkeiten, Projekte oder Beteiligungsverfahren zu informieren.

Insgesamt besteht ein Informationsdefizit nach außen, insbesondere bezogen auf verwaltungsinterne Abläufe und Entscheidungsprozesse. Dadurch werden Transparenz und Beteiligung eingeschränkt, selbst wenn der Wille zur Offenheit vorhanden ist.

In der quantitativen Erhebung wurde die Einschätzung zur Informiertheit in verschiedenen Inhaltsbereichen abgefragt. Diese sind in Abbildung 19 aufgezeigt. Insgesamt ist zu sehen, dass die Akteur:innen in Mönchengladbach in keinem Inhaltsbereich flächendeckend gut informiert sind. Knapp die Hälfte fühlten sich über lokale oder kommunale Angebote/Veranstaltungen rund um die Demokratieförderung informiert. Über regionale oder bundesweite/überregionale Angebote fühlten sich deutlich weniger Akteur:innen ausreichend informiert. Auch das Wissen über die Strukturen z. B. über Initiativen, Organisationen, Träger, Vereine usw. des Demokratieengagements sowohl lokal vor Ort als auch überregional oder bundesweit ist bei einem Großteil nur teilweise oder eher schlecht vorhanden. Wissen über Methoden oder örtliche sowie überregionale Herausforderung war bei den meisten Befragten zumindest teilweise vorhanden.

WIE GUT ODER SCHLECHT FÜHLEN SIE SICH ÜBER DIE FOLGENDEN ASPEKTE INFORMIERT?

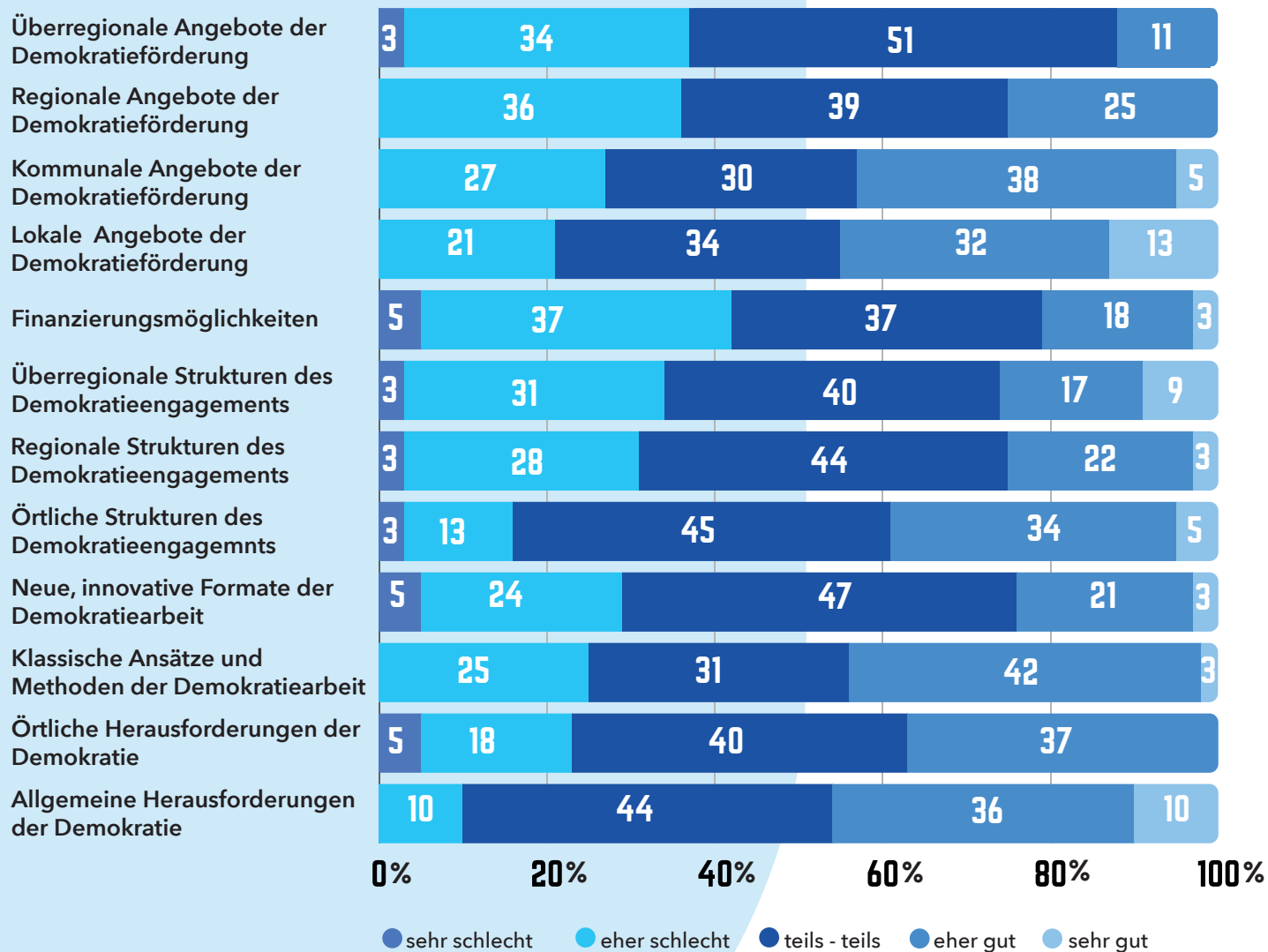


Abbildung 19
Einschätzung zur Informiertheit über verschiedene Inhaltsbereiche in der Demokratiearbeit
(Angaben in gültigen Prozentsen, n=35-38)

EXTERNE KOOPERATION UND WISSENSTRANSFER

Neben den internen Prozessen zeigt sich ein starkes Engagement im überregionalen Austausch. Der regelmäßige Kontakt mit anderen PfDs, dem Paritätischen Wohlfahrtsverband oder Ministerien – etwa im Kontext des Projekts Wegweiser – wird als besonders gewinnbringend hervorgehoben. Auch die gemeinsame Erarbeitung eines Positionspapiers aller NRW-PfDs zeigt, dass Wissenstransfer und kollektives Lernen über kommunale Grenzen hinweg möglich und erfolgreich sind.

Gleichzeitig fehlt bislang eine institutionalisierte Struktur, um diesen Austausch langfristig zu sichern und zu standardisieren. Viele gute Beispiele beruhen auf individueller Initiative, nicht auf verbindlichen Kooperationsmechanismen.

Die eigene Öffentlichkeitsarbeit wurde von den Befragten als ausbaufähig beschrieben. Nur rund 40 % finden ihre Öffentlichkeitsarbeit eher oder sehr gut. Und nur 36 % schätzten ein, dass sie in der Kommune als Akteur:innen der Demokratiearbeit ausreichend präsent und bekannt sind (siehe Abbildung 20).

INWIEWEIT STIMMEN SIE DEN AUSSAGEN ZU?

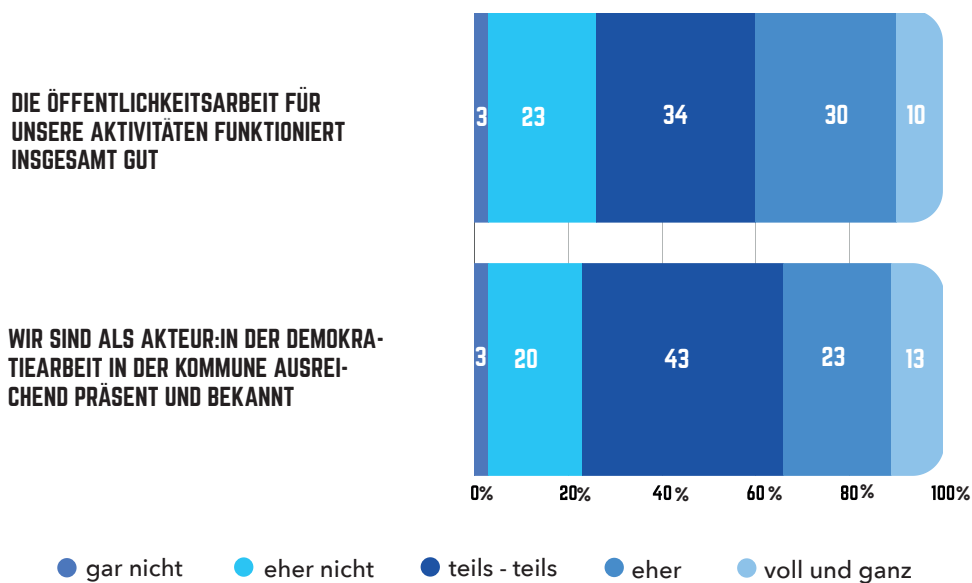


Abbildung 20
Einschätzung zur Öffentlichkeitsarbeit in der Kommune
(Angaben in gültigen Prozentsen; n=40)

Die Akteur:innen setzen aktuell auf vielfältige Formate, um ihre Demokratiearbeit in der Öffentlichkeit zu präsentieren. In Abbildung 21 sind die verschiedenen Kanäle abgebildet. Während 80 % Homepages pflegen, führen 68 % einen Instagram Kanal. 58 % nutzen Flyer für die Bewerbung ihrer Arbeit und 55 % analoge Formate wie Präsenzveranstaltungen. 35 % der Befragten posten auf ihrer Facebookseite und 20 % versenden Newsletter. Nur 5 % der Befragten nutzen TikTok und weitere 10 % andere Social-Media-Kanäle als die genannten.

WELCHE KANÄLE NUTZEN SIE FÜR IHRE ÖFFENTLICHKEITSARBEIT?

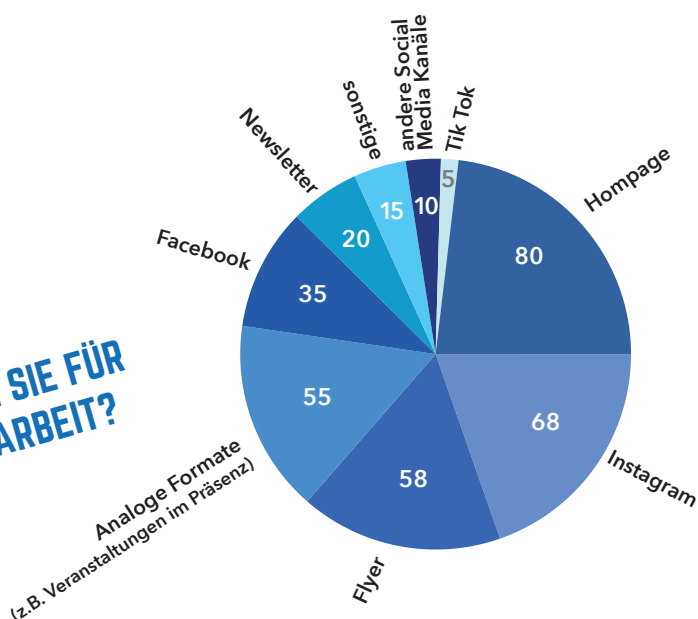


Abbildung 21
Verwendete Kanäle für die Öffentlichkeitsarbeit
(Mehrfachangaben möglich; Angaben in gültigen Prozentsen, n = 40)

HANDLUNGsimpulse für den Bereich Wissensmanagement

// Trägerposition schriftlich absichern:

ein Positionspapier für zivilgesellschaftliche Träger und Akteur:innen zur Nicht-Kooperation mit rechtsextremen Akteuren entwickeln und intern wie extern nutzbar machen

// Schutzmaßnahmen für Veranstaltungen standardisieren:

sensible Öffentlichkeitsarbeit, Sicherheitsabstimmung und polizeiliche Präsenz bei Bedarf frühzeitig mitdenken

// Diskriminierung systematisch erfassen:

Vorfälle insbesondere in Schule und Verwaltung konsequent über bestehende Meldewege dokumentieren und weiterleiten

// Förderfähigkeit von Sicherheitskosten klären:

Ausgaben für Sicherheit, Miete, Nebenkosten und Technik transparent einordnen und kommunizieren

// Allianzen dauerhaft sichern:

abgestimmte Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft, Trägern, Schulen und Sicherheitsbehörden verstetigen und gemeinsame Haltungen sichtbar halten

LITERATURVERZEICHNIS

BMI – Bundesministerium des Inneren (2025). Verfassungsschutzbericht 2024. Berlin.

Busch, Andreas (2025). Demokratie unter Druck?

www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/liberale-weltordnung-2025/562320/demokratien-unter-druck/
(Aufruf am 15.07.2026).

Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Brähler, Elmar (Hrsg.) (2024). Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen.

<https://efbi.de/files/efbi/pdfs/LAS/Leipziger%20Autoritarismus%20Studie%202024.pdf>
(Aufruf am 16.07.2026)

Difu – Deutsches Institut für Urbanistik (2026). OB-Barometer.

<https://repository.difu.de/server/api/core/bitstreams/5ce93643-3561-4c29-9694-bd4cbeed8dc0/content>
(Aufruf am 16.07.2026).

Economist Intelligence Unit (2006-2024). Democracy Index – Economist Intelligence Unit [dataset]. Economist Intelligence Unit, "Democracy Index 2021: The China challenge"; Economist Intelligence Unit, "Democracy Index 2022: Frontline democracy and the battle for Ukraine"; Economist Intelligence Unit, "Democracy Index 2023: Age of Conflict"; Economist Intelligence Unit, "Democracy Index 2024: What's wrong with representative democracy?"; Gapminder, "Democracy Index v4"; Various sources, "Population" [original data].
<https://archive.ourworldindata.org/20260707-082526/grapher/democracy-index-eiu.html>
(archiviert am 07. Juli 2026) (Aufruf am 15.07.2026).

Europäische Kommission (2025). Ein Europäischer Schutzschild für die Demokratie und die EU-Strategie für die Zivilgesellschaft ebnen den Weg für stärkere und resilientere Demokratien.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_2660
(Aufruf am 16.07.2026).

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2002). Deutsche Zustände. Band 1. Berlin: Suhrkamp.

Kessl, Fabian/Otto, Hans-Uwe (2004). Soziale Arbeit und die Neugestaltung des Sozialen. In: Dies. (Hrsg.): Soziale Arbeit und Soziales Kapital. Zur Kritik lokaler Gemeinschaftlichkeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 7-18.

Kumkar, Nils C. (2025). Polarisierung. Berlin: Suhrkamp.

Küpper, Beate (2026). Polarisierung oder Normalisierung? Demokratiedistanze Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft. Politikum, 3/2026, S. 20-29.

Küpper, Beate/Leber, Tina/Bohn, Irina (2024). Demokratierelevante Bedrohungen durch Rechts außen. In: Küpper, Beate/Bohn, Irina (Hrsg.), Schwerpunkt: Demokratierelevante Bedrohung, Zeitschrift für Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit, 1/2024, S. 11-28. Frankfurt: Wochenschau Verlag für politische Bildung.

Leber, Tina/Mertens, Fabian/Küpper, Beate (2024): Bedrohungserleben in der Demokratiearbeit. In: Küpper, Beate/Bohn, Irina (Hrsg.), Schwerpunkt: Demokratierelevante Bedrohung, Zeitschrift für Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit, 1/2024, S. 74-91. Frankfurt: Wochenschau Verlag für politische Bildung.

Mau, Steffen/Lux, Thomas/Westheuser, Linus (2023). Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp.

Müller, Jan-Werner (2016). Was ist Populismus? Berlin: Suhrkamp.

Stöss, Richard (2010): Rechtsextremismus im Wandel. Berlin: Friedrich Ebert Stiftung.

Vorländer, Hans/Herold, Maik/Hormig, Felix/Otteni, Cyrill (2025). Politische Polarisierung in Deutschland 2025. Polarisierungsbarometer. Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM), Dresden.

www.forum-midem.de/polarisierungsbarometer-2025/
(Aufruf am 16.07.2026).

Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico/Eden, Marco (2025, Hrsg.). Die angespannte Mitte – Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/25.

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert Stiftung von Franziska Schröter. Bonn: Dietz.

IMPRESSUM

ERSTELLUNG/BEARBEITUNG

SO.CON

SOCIAL.CONCEPTS - Institut für Forschung und Entwicklung in der Sozialen Arbeit

c/o Hochschule Niederrhein

University of Applied Sciences

Reinarzstraße 49

47805 Krefeld

PROJEKTLEITUNG

Dr. Ann Marie Krewer

Prof. Dr. Beate Küpper

AUTOR:INNEN

Saskia Griffig, M.A.

Alina Jungenheimer, M.A.

Dr. Ann Marie Krewer

Prof. Dr. Beate Küpper

Christine Manthei, M.A.

Fabian Mertens, M.A.

Julia Schatzschneider, M.A.

unter Mitarbeit von Alina Esch, B.A.

HERAUSGEBER

Stadt Mönchengladbach,

Fachbereich Kinder, Jugend und Familie

Aachener Straße 2

41065 Mönchengladbach

DIESE STUDIE ERFOLGTE IN ZUSAMMENARBEIT MIT

De Kull e. V.

Koordinierungs- und Fachstelle der

Partnerschaft für Demokratie Mönchengladbach

Im Auftrag der Stadt Mönchengladbach

DRUCKERREI

Stadt Mönchengladbach

Dezernat I - Hausdruckerei

DISCLAIMER

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei SO.CON als durchführendes Institut. Die Inhalte geben nicht notwendigerweise die Position des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend oder der Stadt Mönchengladbach wieder.

FÖRDERHINWEIS

Diese Publikation entstand im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie Mönchengladbach im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und wurde gefördert durch das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) sowie die Stadt Mönchengladbach.

STAND: APRIL/2026

FOTOS

Simon Fischer: Titel, 6, 26, 28, 36, 54

Partnerschaften für Demokratie Mönchengladbach: 12, 14, 32, 38, 44,




BILDUNGSPARK
M Ö N C H E N G L A D B A C H

